

Der Deutsche

# Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

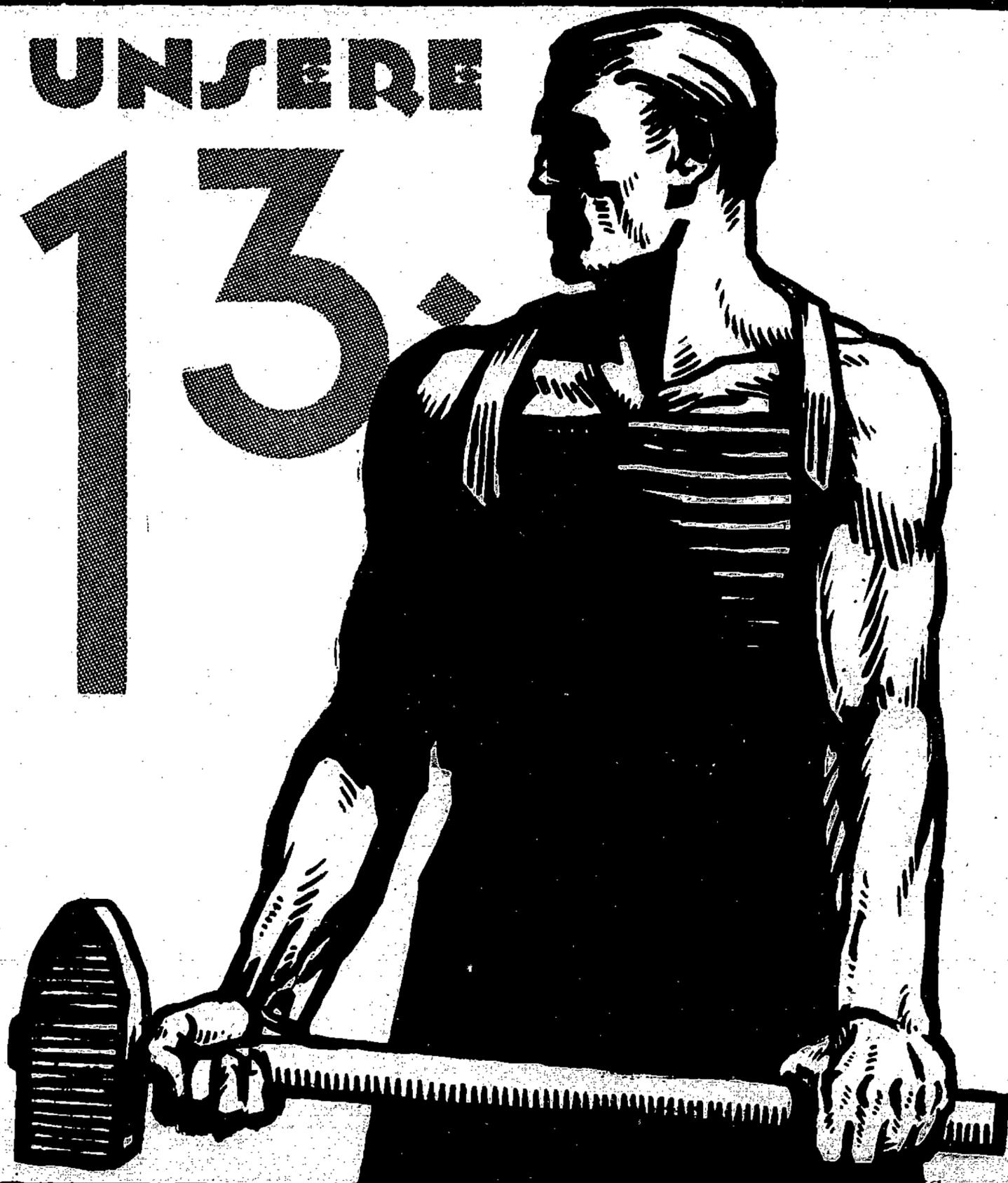
Nummer 41

Duisburg, den 8. Oktober 1932

33. Jahrgang

UNSERE

13

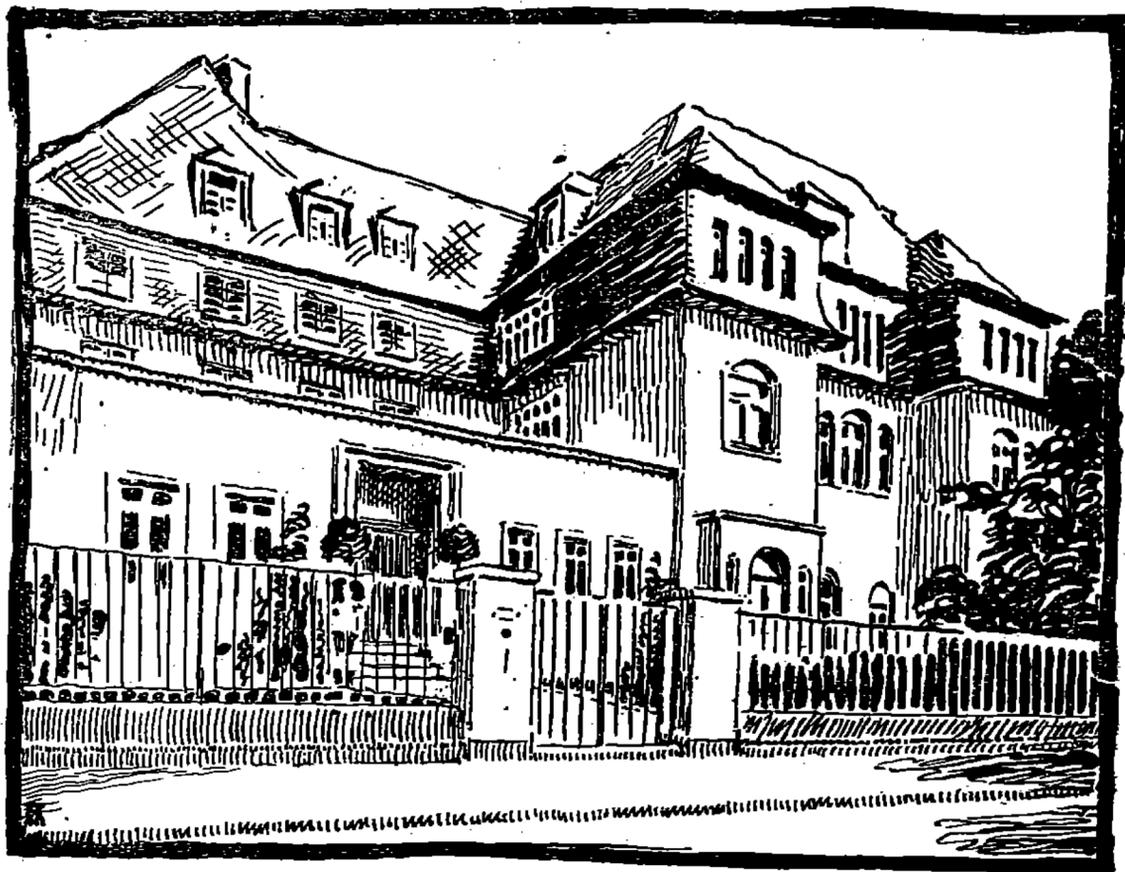


GENERALVERSAMMLUNG

## Unsere 13. Generalversammlung in Königswinter

**U**nserer 13. Generalversammlung fiel angesichts der Bedrängnis und der Not der Arbeiterschaft, des Ansturms auf das soziale Recht und die Gleichberechtigung der arbeitenden Schicht eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie war nicht glanzvoll nach außen. Es fehlte alles Repräsentative der früheren Generalversammlungen, der glänzende äußere Auftakt; es mag vielleicht sogar die Mitwelt von dieser 13. Generalversammlung weniger Notiz genommen haben. Und dennoch wäre sie — nach einem Wort unseres Verbandsvorsitzenden Franz Wieber — wert gewesen, auf dem Präsentierteller der Öffentlichkeit serviert zu werden.

Das Niveau der Tagung und der Verantwortungswille, der aus jedem Delegierten sprach, die Hingabe an die gestellten und zu lösenden Aufgaben zeigten deutlich die Bedeutung, aber auch die Leistung der Bildungsarbeit, welche in jahrzehntelanger Arbeit vollbracht wurde. Jede Bevölkerungsschicht befreit sich nur dann, wenn sie geistig an sich arbeitet. Denn der Geist ist die erste Waffe. Das Materielle, so wichtig es ist, wird doch erst vom Geiste geführt.



„Unser Haus“ in Königswinter,  
die Tagungsstätte unserer Generalversammlung

Die Generalversammlungen unseres Verbandes haben jenen bedeutenden Zug, der auch im geistigen Gesicht unserer Organisation ausgeprägt ist. Es ist nicht nur die Linie des Umfassenden, Großgehehenen, des bewussten Einstellens auf wirtschaftliche und vollkliche Notwendigkeiten, es ist in vielleicht noch hervorragenderem Maße jener bekannte Metallarbeiter-Korpsgeist und jene prächtige Einordnung in das Ganze.

\* \* \*

Die Generalversammlung sah vor sich eine aus Arbeitslosigkeit geborene, aber auch eine durch die letzten Notverordnungen maßlos vergrößerte Not der Metallarbeiterschaft. Sie sah vor sich eine Reichspolitik, welche durch ihre Autarkiebestrebungen der deutschen Exportindustrie — und daran ist in weitestem Umfange die Metallindustrie beteiligt — das Wasser abgräbt und sie in einem für die deutsche Volkswirtschaft gefährlichen Maße abdröckelt. Sie sah vor sich einen Kampf der Reaktion gegen alles, was Arbeiterrecht und Arbeiteraufstieg heißt. Sie sah vor sich — und das war das Wichtigste mit — eine große finanzielle Anspannung des Ver-

bandes. Zu all diesen Fragen galt es Stellung zu nehmen, Vorschläge zu machen und eine korrigierende und bessernde Hand anzulegen.

Dabei mußte es als eine aus den vorliegenden Fragen resultierende Notwendigkeit sein, auch offenen Sinnes heranzugehen an das Problem der Wirtschaftskrise. Brauers vorzügliches Referat über das Thema: „Was muß geschehen, um die wirtschaftliche Krise zu beheben?“ ging in seiner Zielsetzung bedeutsam über diese Frage hinaus und verlangte als Wesentliches, daß dem Arbeiter sein „Gesicht“ wiedergegeben werden müsse, d. h. daß der Arbeiter aus seiner *Leistung* heraus seine Wertung erfahren müsse im Gesellschaftsganzen.

Unsere Generalversammlung war in den erschütternden Bildern, die aus der bedrängten Lage der Metallarbeiterschaft gegeben wurden, ein Protest, ein flammender Protest gegen das Unrecht, das der Arbeiterschaft geschieht.

So mußte eine Entschließung einstimmige Annahme finden, welche den Belastungsausgleich für die Arbeiterschaft verlangt. Denn ein Belastungsausgleich, welcher auf dem Wege der Notverordnung erfolgen kann,

wäre als der erste positive Schritt einer den christlichen Staat beherrschenden Reichsregierung auf dem Wege christlicher Gerechtigkeit zu betrachten. Diese Entschließung lautet:

Die 13. Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands erhebt gegen die Zerschlagung von Recht und Inhalt der Arbeits- und Tarifverträge, die einseitige Begünstigung von Unternehmungen, die Verelendung der Löhne, sowie gegen die sonstigen Gefahren und Schäden der Notverordnung vom 4. September und ihre Ausführungsverordnungen v. 5. September 1932 schärfsten Protest und fordert eine Umkehr von dieser Politik.

Durch die Notverordnung werden die schon ohnehin unauskömmlichen Löhne zu wirklichen Hunger- und Elendslöhnen herabgesetzt, insbesondere, weil fast die gesamte Arbeiterschaft zumeist in starker Kurzarbeit steht und ihre Lohneinkommen nicht selten den Sägen der Fürsorge für Arbeitslose gleich gering sind.

Die Notverordnungen sind eine einseitige Belastung aller Handarbeiter. Ein Ausgleich muß dadurch herbeigeführt werden, daß die Lohnabzüge, die ab 15. September 1932 eintreten, den Arbeitern gutgeschrieben und vom Deutschen Reich als Selbstschuldner übernommen werden. Die Auszahlung dieser Beträge hat in dem Jahre nach dem Fortfall der Zuwendungen an die Unternehmer zu erfolgen.

Von diesem Lohnabzug-Guthaben dürfen den Arbeitern, welche Arbeitslosen- und Kurzarbeiter-Unterstützung aus der Versicherung und Zuwendungen aus der Wohlfahrtsfürsorge, einschließlich jener, welche wegen unzulänglicher Löhne zeitweise Wohlfahrtsbeihilfen erhielten, diese Beträge nicht eingezogen werden.

Die Regierung Papen hat jetzt Gelegenheit, zu zeigen, inwieweit in ihr der „soziale Gedanke“ und die christliche Idee wirklich Tat sind. Der Worte sind allmählich darüber genug gewechselt. Wir möchten endlich Taten sehen.

Die Lohnlage der Metallarbeiterschaft ist heute sehr ernst. Sie dürfte bedauernswerte Folgen haben, nicht nur für die Güte der Produkte, sondern vor allem auch im Gesundheitszustand der Familien, besonders der Kinder. Ärzte haben, so wurde auf der Generalversammlung betont, schon erklärt, daß der Gesundheitszustand der Arbeiterkinder jetzt schon der gleiche sei wie zur Zeit der Inflation. Es muß vor allem dem Versuch der Unternehmer, mit den Stundenlöhnen zu operieren, entgegengetreten werden. Heute kommt es entscheidend auf den Wochenverdienst an.

Die Bestrebungen der Reichsregierung, Deutschland durch eine Autarkie vom Ausland gewissermaßen abzuschneiden, gehen zumeist auf Kosten der Metallindustrie und der Metallarbeiterschaft. Deshalb wandte sich die Generalversammlung scharf dagegen und legte ihre Verwahrung in einer Ent-

Schließung nieder. Von der Industrieerzeugung gingen im letzten Jahre 35,5% nach dem Ausland. Die Landwirtschaft aber nahm nur 19,7% der Industrieerzeugnisse auf. Gegenwärtig entfällt die Hälfte der Beschäftigung des deutschen Maschinenbaues auf die Ausfuhr. Wenn man bedenkt, daß die Eisen- und Metallindustrie im Jahre 1931 in den wichtigsten Warengruppen eine Ausfuhr von 3,3 Milliarden RM. hatte, daß die gesamte deutsche Roggenernte aber nur einen Wert von zirka 1,2 Milliarden RM. hat, dann kann man sich über die Bedeutung des Exportes von Eisen und Stahlwaren schon ein Bild machen. Die Generalversammlung sprach es klar aus, daß auch sie eine Gesundung der Landwirtschaft für unumgänglich notwendig halte. Falsch aber ist es, diese Gesundung durch ein immer stärkeres Anziehen der Zollschrauben erzwingen zu wollen.

Der Kernpunkt der Darlegungen aber war die Stärkung des Verbandes, und zwar nach der finanziellen wie mitgliedermäßigen Seite. Was sich heute in weiten Kreisen der Arbeiterschaft zeigt, ist eine Verkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Viele glauben, die Betätigung in einer politischen Partei sei das Allheilmittel, um bessere soziale Zustände zu erreichen. Infolge dieser Mißachtung der gewerkschaftlichen Tätigkeit kommt es zu einer Verkennung der gewerkschaft-

lichen Leistungen, ja zu einer Gleichgültigkeit und geistigen Erschlaffung in der Arbeiterschaft. Manche haben dabei mitgeholfen, von den Kommunisten bis zu den Arbeitgeber-Syndicats, welche sich bemühten, den Arbeitern ein geistiges Minderwertigkeitsgefühl beizubringen.

Getragen wurde diese 13. Generalversammlung von einem starken nationalen Wollen. Immer wieder klang es durch, daß trotz der Regierung Papen und ihrer Rotverordnungen die Liebe und die Hingabe der deutschen christlichen Metallarbeiterschaft zu ihrem Vaterlande nicht zu erschüttern ist.

Die Generalversammlung tagte in „Unser Haus“, der Bildungsstätte der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Alle Delegierten waren voll des Lobes über Güte des Hauses, Aufmerksamkeit und Fleiß der Leitung und des Personals. Jedem Delegierten werden Generalversammlung und „Unser Haus“ unvergeßlich bleiben.

Tagend in schwerster Zeit war unsere Generalversammlung in Königswinter ein Sammelpunkt der Vertiefung für unsere Verbandsaufgaben, eine klare Sichtung für die Zukunft und ein Protest gegen die Entrechtung der Arbeiterschaft. Möge reicher Segen daraus strömend unsere weitere Arbeit befruchten. G. W.

## Unsere Generalversammlung als Auftakt zur Werbearbeit

**U**nsere 13. Generalversammlung ist vorbei. Sie gab erneut jenen klaren Blick für die Notwendigkeiten, die wir als christlich organisierte Metallarbeiter zu erfüllen haben. Vor allem gab unsere 13. Generalversammlung erneute agitatorische Schwungkraft und starkes Hindrängen auf die Forderungen der Metallarbeiterschaft. Mit dem Rüstzeug unserer Generalversammlung wollen wir in die Werbearbeit eintreten.

Werbearbeit heißt nun aber mehr als nur eine Aktion zur Gewinnung neuer Mitglieder. Das ist Grundlage und Vorbedingung. Der wackere Vertrauensmann wird auch seine ganze Kraft einsetzen, um die unorganisierte oder falschorganisierte Kollegenschaft aufzurütteln, sie mit dem Geist christlicher Metallarbeitersolidarität zu erfüllen versuchen und sie fähig machen wollen, am wirklichen Aufbau unseres Standes mitzuarbeiten. Wie prächtig, einheitlich und zielbewußt haben unsere Vertrauensleute in den verflossenen Jahren gestanden. Daß eine echte Werbearbeit nicht an Jahreszeiten gebunden ist, dafür sind die Werreaktionen, welche jetzt veranstaltet wurden, ein glänzender Beweis.

Wir als Christlicher Metallarbeiterverband sind mit Recht stolz auf unsere Schar bewährter Vertrauensleute. Aber diese Schar, selbst wenn sie in die Tausende geht, ist noch zu klein. Oft ist die Last, die einem oder zwei Kollegen allein in den Ortsgruppen und Sektionen aufgebürdet ist, zu groß. Viele überlassen die gesamte Verbandsarbeit dem Vorsitzenden und Kassierer, die allein — selbst beim besten Willen — nicht in der Lage sind, allen Anforderungen nachzukommen. Da muß die Verbandsarbeit auf mehr Schultern verteilt werden. Jede Ortsgruppe muß aus sich heraus eine größere Zahl lebendiger, aktiver Vertrauensleute stellen können. Es gilt dabei stets zu bedenken, daß, je stärker das Fundament ist, um so fester und stolzer der Bau sein kann, den man darauf errichtet.

Das erste also ist die Werbearbeit an sich.

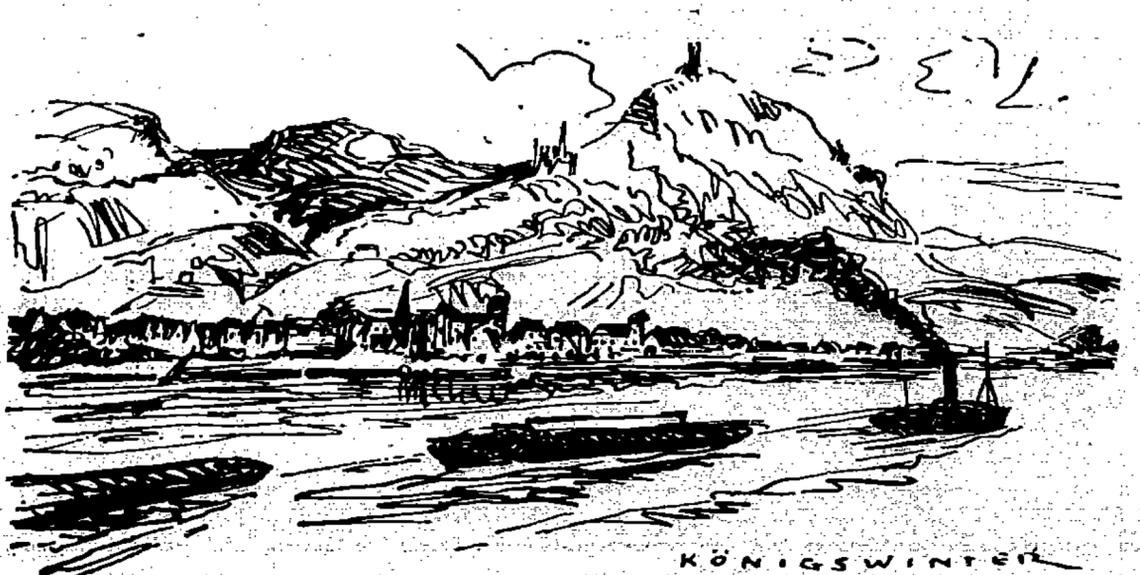
Genau so wichtig aber ist das zweite, die Einstufung des neuen Mitgliedes, aber vor allem auch mancher älteren Kollegen in die richtige Beitragsklasse. Das ist eins der notwendigsten und wichtigsten Kapitel in der

Werbearbeit überhaupt. Eine gesunde Finanzierung und eine gesunde Finanzpolitik des Verbandes sind das Rückgrat unserer Arbeit. Diese aber ist bedingt durch die richtige Beitragsengruppierung.

Das dritte Mittel zur Unterstützung der Werbearbeit ist die Eindämmung der Fluktuation. Fluktuation bedeutet Hin- und Herströmen; im plastischen Arbeiterausdruck heißt es: aus dem Verband einen Taubenschlag machen. Die Fluktuation ist der Krebschaden der Arbeiterbewegung und leider ein Zeichen dafür, daß viele Arbeiter den Sinn eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses noch nicht erfasst haben. Es gibt heute wohl kaum noch einen Arbeiter, der nicht schon einmal in der Organisation gestanden hätte. Millionen blieben treu, aber Millionen wechselten auch. Sie wurden Flugsand und ein Posten in der Bilanz des Kapitalismus, mit dem dieser rechnet und leider rechnen kann.

Gerade diese Generalversammlung hat sich in vielen Diskussionsreden eingehend mit der Eindämmung dieses Übels befaßt. Es gilt aber jetzt, diese Worte und Anregungen in den Ortsverwaltungen zur Tat werden zu lassen. Da gilt es zu überlegen, welche Hilfsmittel ergriffen werden müssen und wie den Launen oder Abgesprungenen schleunigst nachgegangen werden muß.

So mag denn in diesen drei Merkmalen vereint sich die künftige Werbearbeit noch stärker ausprägen. Jedes einzelne ist ein wichtiger Faktor, aber geeint ergeben sie ein unwiderstehliches Ganze. Jetzt gilt es, die Tat für unsern Verband reden zu lassen. W.



KÖNIGSWINTER

# Der Verlauf unserer Generalversammlung

## Erster Tag

**M**ontag morgen, 26. September, 9.30 Uhr, eröffnete unser 1. Vorstandsvorsitzender Kollege Franz Wieber die 13. Generalversammlung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes in Königswinter.

Als Gäste waren erschienen: Reichsarbeitsminister Stegerwald; Wohlfahrtsminister Hirtfelder; Jakob Kaiser als Vertreter des Gesamtverbandes; Henseler im Auftrag des Internationalen Arbeitsamtes; Schlad, M. d. R., Generaldirektor des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine; Direktor Strund von der Deutschen Volksbank; Professor Dr. Theodor Brauer, der bekannte Sozialpolitiker; die Landtagsabgeordneten Klost und Steger. Von unseren ausländischen Bruderverbänden waren erschienen Freunde aus Holland, Belgien und Polen. Eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme von Bruderverbänden gaben Zeugnis von freundschaftlichen Bindungen.

## Die Eröffnung

Verbandsvorsitzender Kollege Franz Wieber begrüßte in herzlichen Worten die Delegierten und die Gäste. Er wies auf die große Not und Bedrängnis der gegenwärtigen Zeit hin. Mit sehr ernsten Worten gedachte er der vielen arbeitslosen und kurzarbeitenden Metallarbeiter, die im härtesten Kampfe um die Erhaltung ihres Lebens stehen. Die letzten Notverordnungen seien etwas Unmögliches. Wir müßten alle Kräfte einsehen, um wenigstens das Untragbare der Notverordnungen zu beseitigen. Leider habe die gegenwärtige Herrenregierung nicht das notwendige soziale Verständnis für die Arbeitnehmer.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die jetzt im Sommer noch mehr als 5 1/2 Millionen Arbeitsloser umfaßt, dazu noch Millionen Kurzarbeiter, haben die Mitglieder der Verbände geschwächt und durch die großen Unterstützungssummen die Verbände geschwächt. Wir haben 55,8 % Arbeitslose, 21,1 % Kurzarbeiter, die alle Unterstützung bezogen haben. Dazu kommen Feinde ringsum. Die arbeitserfindlichen, reaktionären Kräfte, die Herrenklubs und Scharmacher, die in der Revolutionszeit sich in die Mauslöcher verkrochen hatten, wittern wieder Morgenluft, sind aus ihren Versteck- und Schlupfwinkeln hervorgekommen und suchen den Arbeitern die in den letzten Jahren erworbenen sozialen Erfolge, Rechte und Freiheiten wieder zu entreißen. Werkzeug hierzu ist leider wie immer ein Teil der Arbeiter selbst, die aus Egoismus und Dummheit den Feinden sich zur Verfügung stellen und sich die Köpfe für jene Kreise gegenseitig einschlagen. Da ist doppelte Kraftanstrengung notwendig, um die Organisation über alle Stürme hinweg sicherzustellen. Dessen müssen sich Führer wie Mitglieder bewußt bleiben, wenn wir nicht um

Menschenalter zurückgeworfen werden sollen. Es wäre falsch, hiergegen die Augen zu verschließen. Kollegen, die letzte Notverordnung der Regierung Papen hat eine weitere bedeutende Verschlechterung der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung herbeigeführt. Von 20 Wochen ist die Unterstützung der Arbeitslosenversicherung auf 6 Wochen herabgedrückt. Dazu noch erhebliche Kürzungen der Unterstützungssätze, Bedürftigkeitsprüfung usw. Dadurch ist nicht nur ein Schlag gegen die Arbeitslosen, sondern auch gegen die Gewerkschaften geführt worden. Zahlreiche Fälle sind festgestellt, wo in Familien der Arbeitslosen nach Abzug der Mieten kaum noch 15 bis 20 Pf. pro Tag und Person zum Leben übrigbleibt.

Dadurch muß sich ein Massenelend entwickeln im schlimmsten Ausmaß. Das führt dazu, daß Arbeitslosen, die bisher den Verbänden treu geblieben, in Zukunft dieses noch schwerer wird. Wie ich schon anführte, haben wir im Verband 55 % Arbeitslose. Wir können uns dann ein Bild machen, wie sich das auswirkt. Es wäre wünschenswert und nützlich, wenn die Urheber der Notverordnung eine Zeitlang mal auf gleiche Ration gesetzt werden könnten. Diese Notverordnung muß fallen. Der Reichstag hat es ja beschlossen und wurde dafür aufgelöst. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die armen Arbeitslosen und ihre Familien vor dem grauen Elend zu schützen, um noch einigermaßen ihre Menschenwürde zu erhalten. Dazu ist die Regierung verpflichtet. Nach meinem Dafürhalten sind noch nicht alle Mittel derartig ausgeschöpft, daß dieses Ziel nicht erreicht werden könnte, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Kollegen, wir haben uns auf der diesmaligen Generalversammlung in hervorragendem Maße mit der Lage des Verbandes zu befassen und Maßnahmen zu treffen, daß der Verband über die Krise und allen Hindernissen und Gegnern zum Trotz, in die Zukunft hinübergesteuert werden kann.

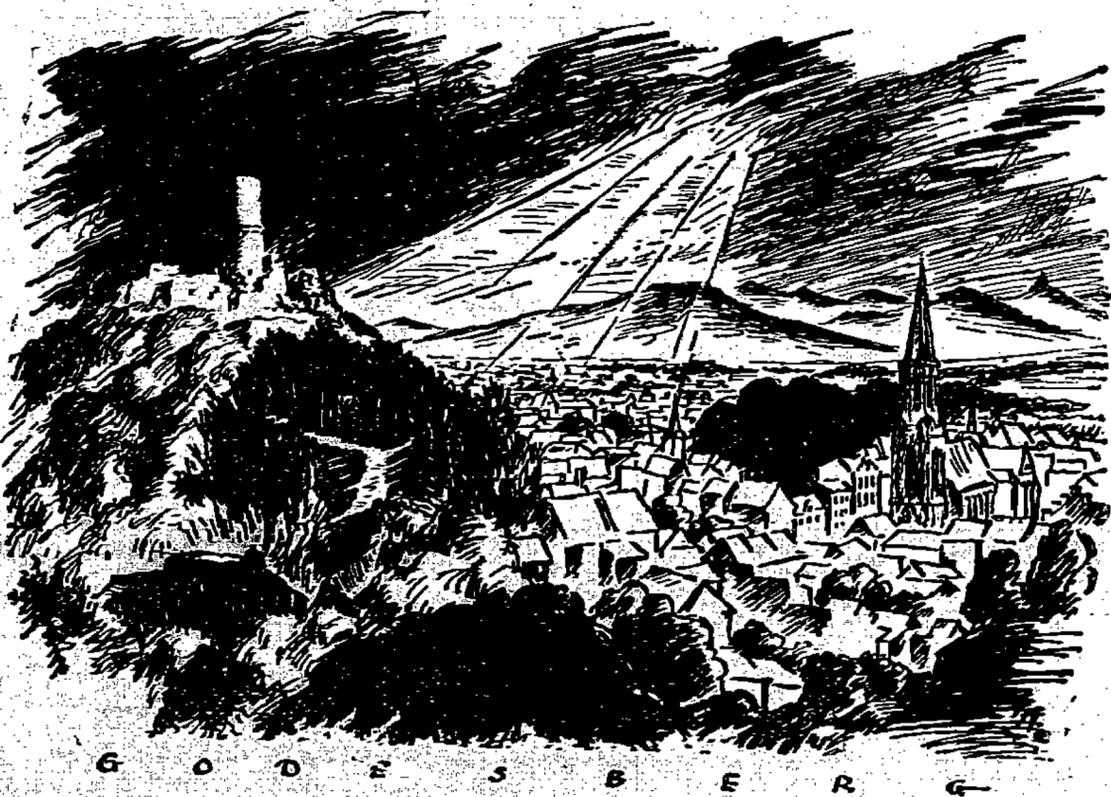
Die Lage der Organisation vergleiche ich mit einem Schiff, das mit den Wellen kämpft. Wenn bei ruhigem Wetter und Sonnenschein das Schiff ruhig durch die Wellen gleitet, ist es keine Kunst, Seemann und Steuermann zu sein. Aber im Sturm, wenn das Schiff vom Orkan gepackt, hin- und hergeworfen, die heranstürmenden Wellen haushoch über Deck brausen und der Untergang droht, dann muß sich zeigen, was Führung und Mannschaft zu leisten vermögen, wie durch das Einsehen aller Kräfte, Opfermut und Disziplin die Mannschaft gerettet und das Schiff vor dem Untergang bewahrt bleiben kann.

Kollegen, die Organisation befindet sich zwar nicht im Sturm auf dem Meere mit Wind und Wellen, sondern sie hat zu kämpfen gegen gewaltige andere Schwierigkeiten auf vielen Gebieten. Der jetzige Regierungskurs ist den Gewerkschaften nicht günstig. Die kapitalistisch und politisch reaktionären Kreise haben durch die Zerfahrenheit der politischen Parteien und der politischen Unterteilung unseres Volkes Oberwasser erhalten. Das zeigt der heutige Regierungskurs und sein Ziel, die Arbeiterklasse nicht bloß sozial und wirtschaftlich, sondern auch politisch wieder zu entrechten, wenn auch unter dem Deckmantel der nationalen Phrasen.

Mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung kann man alles, nicht nur die Sozialrenten, Kriegsrenten, Arbeitslosenunterstützung und Löhne mit einem Federstrich auf ein Minimum herabdrücken, das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist, sondern man kann auch mit einem Bürgermeister und einem Polizisten eine ganze Länderregierung absetzen. Keine Hand regt sich, höchstens einige Gaffer schauen zu, als wenn es sich um die Ausladung eines Zirkus handelte. Die Herrenklubs fühlen sich stark nicht durch ihre Zahl, sondern durch ihren Einfluß. Daß es soweit kommen konnte, daran trägt unser Volk ein vollgerütteltes Maß der Schuld. Politisch ist das deutsche Volk in Auflösung begriffen, und es erkennt nicht die Gefahr, in der es sich befindet. Das Volk, in zwei große feindliche Teile gespalten, bekämpft sich bis aufs Messer. So ist das Volk nicht fähig, sich selbst zu regieren. Durch den politischen Wirrwarr, schleichende Revolution und Diktatur, sinken wir immer tiefer ins Elend herab.

Sinzu kommt, daß aller Voraussicht nach die Arbeitslosigkeit noch weiter zunimmt. Man spricht jetzt schon von 7 Millionen Arbeitslosen im nächsten Winter. Vor lauter politischen Wirren regt man sich darüber schon gar nicht mehr auf und nimmt es hin wie eine Naturkatastrophe, Ueberschwemmung oder Erdbeben. Wie die Arbeitslosen erhalten werden sollen, darüber nachzudenken scheint man an verantwortlichen Stellen keine Zeit zu haben.

Darauf folgte die Konstituierung der Generalversammlung und die Aufstellung der verschiedenen Kommissionen. Zu Leitern der Generalversammlung wurden einstimmig gewählt die Kollegen Franz Wieber und Karl Schmitz. Die Mehrheit der Delegierten kommt aus dem Arbeitsverhältnis.



G O D E S B E R G

## Die Gäste sprechen

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

wies in seiner Begrüßungsrede hin auf die bedeutenden Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. Heute stehe die Gewerkschaftsbewegung vor der entscheidenden Frage, ob Gewerkschaftsbildung oder Klassenkampf. Der Christliche Metallarbeiterverband habe seit je auf der Linie der Zusammenarbeit mit allen Volksschichten gestanden und dadurch den Beweis geliefert, daß seine geistige Einstellung und seine Tätigkeit wirtschafts- und volkspolitisch durchaus richtig sei. Reichsarbeitsminister Stegerwald befaßte sich sodann mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Papen.

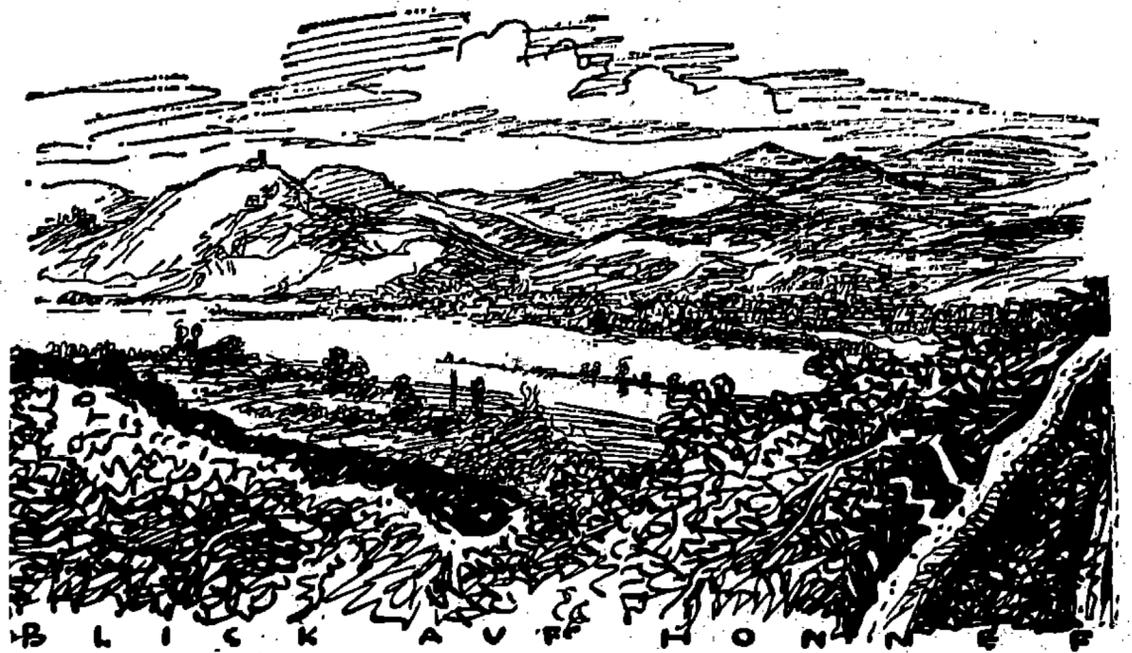
Die Reichsregierung erläßt neben den gewaltigen Defizits in Reich, Ländern und Gemeinden noch einen Steuernachlaß von 1,5 Milliarden Reichsmark; sie setzt alles auf die eine Karte Wirtschaftsumschwung, entwertet diese Karte aber gleichzeitig durch Reichstagsauflösung. Alle besorgten Vaterlandsfreunde müssen sich daher fragen: Wie bringen wir Volk und Staat über den nächsten Winter hinaus? Es ist notwendig, den Wahlkampf zu entradikalisieren und damit die Voraussetzungen zu einer willensstarken Regierung zu schaffen, die ausreichend in Volk und Parlament fundiert ist. Ohne diese Voraussetzung kann die Karte des Wirtschaftsprogramms nicht stehen.

Der Minister wandte sich dann gegen den sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms und bemerkte im Hinblick auf den Düsseldorfer Kongreß der christlichen Gewerkschaften, er hätte mal sehen wollen, wie sich eine landwirtschaftliche Tagung benommen haben würde, wenn etwa einer sozialistisch-kommunistischen Regierung das Recht eingeräumt worden wäre, sämtliche landwirtschaftlichen Schutzölle und sonstigen Zuwendungen an die Landwirtschaft durch die öffentliche Hand zu beseitigen. Mit der Sozialpolitik kann nach der neuesten Kotverordnung die gegenwärtige Regierung, die keinerlei Verbindung mit den organisierten Arbeitern hat, tun und lassen, was ihr beliebt. Es ist nicht angängig für ein fünfundsiebzigmillionenvolk, durch die Regierung alles auf eine Karte setzen und dann diese Karte durch eine unorganische Staats- und Wirtschaftspolitik selbst wieder stark entwerten zu lassen; denn die Arbeitslosen sind es, die die Folgen einer solchen Politik mit am empfindlichsten zu spüren bekommen.

Jakob Kaiser

begrüßte im Namen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften die Teilnehmer der Generalversammlung. In seiner temperamentvollen und sympathischen Art sprach er über Wesen und Charakter unseres Verbandes und führte dabei aus: Eure Tagung folgt unmittelbar dem Kongreß der Gesamtbewegung in Düsseldorf. Es ist gut, daß es so ist. Man hat dem Düsseldorfer Kongreß nachgesagt, daß er zu ausschließlich Protest der Arbeiterschaft nur gewesen wäre. Er mußte Protest sein. Die Angriffe auf den Rest der Lebensbasis der Arbeiterschaft waren ja eine einzige große Herausforderung. Wer aber Ohren hatte zu hören, und wer hören wollte, der hat neben dem Protest in Düsseldorf auch häufig genug den Willen der Arbeiterschaft zur weiteren Aufbauarbeit in Wirtschaft und Staat vernommen.

Dabei bleibt im Rückblick auf Düsseldorf richtig — das dürfen wir hier sagen —, daß wir konkreter, einzelner noch unseren sozialen und wirtschaftlichen Willen in Wort und Tat kenntlich machen müssen. Die Zeit fordert es gebieterisch von uns. Deswegen ist es auch für die Gesamtbewegung glücklich, daß ihr, die Metallarbeiter, so unmittelbar nach Düsseldorf tagt. Ich bin gewiß, daß ihr eure Aufgabe erfüllt. Dafür bürgt nicht zuletzt der sachliche und kritische Arbeitsernst eurer führenden Menschen, von dem ich weiß, und der meine eigene Arbeit oft fördernd beeinflusste.



B L I C K A U F F H O N N E F

Ich wünsche eurer Tagung namens des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften allen Erfolg. Dabei muß ich noch sagen, daß ich mich dankbar darüber freue, daß ihr zu dieser eurer Tagung in „Unser Haus“, das meiner Sorge unterstellt ist, gekommen seid. Ich darf wünschen, daß es euch allen in seinen Räumen, in seinem Geist und seiner Nahrung gut gefällt. Möge auch das zum Erfolg eurer Tagung beitragen!

Senfeler (Genf)

vom Internationalen Arbeitsamt wünschte als Freund und Mitstreiter der Generalversammlung den besten Erfolg. Bei allen sich uns gegenüberstellenden Schwierigkeiten gilt es aber dennoch, nicht nur abzuwehren, sondern auch ein positives Ziel vor Augen zu haben. Für uns kommt es zunächst darauf an, die Aufgaben des Tages zu erfüllen. Die Sorge, wie kommen wir über den Winter, wie verhindern wir weitere Verschlechterungen der Lage der Arbeiterschaft, wie erzielen wir trotz der trüben Lage etwa mögliche Verbesserungen, muß uns wichtiger sein als der Kampf um die Macht im Staate. Diesem Ziel müssen wir in erster Linie zustreben, und in dieser Richtung müssen wir die Kraft sich auswirken lassen, die aus der Erregung des Düsseldorfer Kongresses erwachsen kann. Darin sehe ich neben der brennend notwendig gewordenen Regelung organisatorischer Angelegenheiten des Verbandes die wichtige Aufgabe dieser Generalversammlung. Mit dem herzlichsten Dank für die Ehre, die Sie mir durch Ihre Einladung zuteil werden ließen, verbinde ich den innigen Wunsch, daß in der Tat diese Generalversammlung ein Markstein in der Geschichte des Verbandes sein möge und wegweisend werde für die schweren Aufgaben, die in diesen bitteren Zeiten der gesamten Gewerkschaftsbewegung obliegen.

Unsere ausländischen Freunde

begrüßten ebenfalls aufs herzlichste die Generalversammlung. Franz van Welle vom R. K. Metallarbeiterverband Hollands wies auf die Krise in allen Ländern hin, welche auch Holland nicht verschont habe. Ihr Verband habe in einem Jahre über 1 Million Gulden Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Die organisierte Arbeiterschaft Europas muß dafür sorgen, daß auch in der Krise ihre gewerkschaftlichen Organisationen schlagkräftig bleiben, um das Vorwärtsdrängen der Reaktion zu verhindern. Janowski (Polen), Mitglied des polnischen Sjem, fühlt sich bei den Metallarbeitern am wohlsten. Die christlichen Metallarbeiter in Polnisch-Oberschlesien haben sich ihre deutsche Kultur bewahrt und freuen sich des Zusammenhalts in dem Internationalen Bund christlicher Metallarbeiterorganisationen. Florde Sterck (Belgien) spricht im Namen des belgischen Christlichen Metallarbeiterverbandes der Generalversammlung die herzlichsten Wünsche aus. Er machte einige wichtige Darlegungen über die Lage der belgischen Metallindustrie und der Arbeitslosenunterstützung. Grotenhuis vom Christlichen (evangel.) Metallarbeiterverband Hollands dankte für die Einladung und versicherte, daß auch der Christliche Metallarbeiterverband

Hollands sich stets auf das engste verbunden fühle mit dem großen deutschen Bruder.

Kloft, M. d. L.,

kann sich keine Generalversammlung denken, an der er noch nicht teilgenommen hätte. Als alter Mitkämpfer gehöre er nach wie vor dem Christlichen Metallarbeiterverbande nicht nur als Mitglied an, sondern er fühle auf das engste geistig mit ihm.

Schlad, M. d. R.,

Generaldirektor des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, seit Bestehen des Verbandes Mitglied, meinte humorvoll, daß er sich nach der Anlage und Bewirtschaftung seiner Beiträge umsehen wolle. Aber er wisse, daß damit zum Besten der Metallarbeiterchaft stets gearbeitet worden sei. Auch er wünschte der Generalversammlung besten Erfolg.

## Die Berichte der Verbandsvorsitzenden

Im Anschluß an die Begrüßungsreden erstatteten der Erste und der Zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Franz Wieber und Kollege Karl Schmitz, den Geschäftsbericht.

Verbandsvorsitzender Franz Wieber

führte nach einem Ueberblick über die gegenwärtige politische und soziale Situation folgendes aus:

Dorhergegangene Generalversammlungen hatten den Vorstand und Ausschuß ermächtigt, falls außerordentliche Verhältnisse eintreten würden, Änderungen im Beitrags- und Unterstützungswesen ohne Generalversammlung herbeizuführen. Ich erinnere daran, daß wir auf der Generalversammlung in Osnabrück entschieden den Miesmachern entgegengetreten sind, die von hereinbrechender Krise sabelten. Wir betrachteten es als eine Interessentenfrage. Kaum acht Wochen später trat die Krise mit scharfer Arbeitslosigkeit ein, so daß damals unsere Verbandsfinanzen fast aufgezehrt wurden. Zum Glück hielt die starke Arbeitslosigkeit nicht lange an. Schon im August 1926 fleg die Konjunktur wieder etwas an. So kamen wir aus den Schwierigkeiten heraus.

Ganz anders ist die Krise der letzten 3 bis 4 Jahre verlaufen. Als Beispiel führe ich die Arbeitslosenzahlen der vergangenen Jahre an. Im Jahre 1925 hatten wir in Deutschland 740 000 Arbeitslose, 1926 schnellte diese Zahl auf 2 488 000 an, 1927 waren es 2 576 000, 1928 1 673 000, 1929 3 015 000, 1930 3 318 000, 1931 5 033 000, 1932 6 209 000 und gegenwärtig im Hochsommer noch 5 560 000. Arbeitslose Metallarbeiter rund 1 Million. Wir haben also 4 Jahre große und immer mehr ansteigende Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Dazu kommt noch die große Kurzarbeit.

Diese Arbeitslosigkeit, die in unserem Berufe größer ist als in allen anderen Industriezweigen, wie Bergbau, Textil, Chemie usw., hat ungeheure Unterstützungssummen verschlungen und die Verbandsfinanzen erschüttert. Sollte die Existenz des Verbandes nicht in Frage gestellt werden, so mußten in dem Unterstützungswesen Änderungen herbeigeführt werden. Vorstand und Ausschuß haben sich nur schwer dazu entschließen können. Schon im Juli des Jahres 1931 hat der Vorstand und Ausschuß sich mit der Frage befaßt und mit großer Mehrheit einen Abbau der Unterstützungen abgelehnt. Man hoffte auf einen Aufstieg der Wirtschaft, weil die politischen wie wirtschaftlichen Wetterpropheten den berühmten Silberstreifen am Horizont wahrzunehmen glaubten. Inzwischen fleg aber die Arbeitslosenziffer immer höher, bis im Jahre 1932 6 200 000 Arbeitslose zu verzeichnen waren. Ich führe das an, damit die Kollegen erkennen, daß der Vorstand nicht leichtfertig an die Änderung des Unterstützungswesens herantreten ist. Hinzu kommt, daß nicht nur die Ausgaben größer geworden, sondern auch die Ein-

nahmen rapide gesunken sind. Auch hierüber will ich einige summarische Zahlen angeben.

Im Jahre 1930 war die Jahresbilanz 6 380 379 RM, 1931 fiel diese Summe auf 4 680 817 RM. Allein an Erwerbslosenunterstützungen mußten gezahlt werden: 1930 2 636 120 RM, 1931 2 133 752 RM, trotz dem die Mitgliederzahl von 126 000 im Jahre 1930 auf etwa 110 000 im Jahre 1931 gesunken war.

Im Jahre 1931 haben wir für Lohnbewegungen, Streik-, Arbeitslosen-, Krankenunterstützung, Sterbegeld und sonstige Unterstützungen nicht weniger als 3 090 000 RM verausgaben müssen. Wir mußten erheblich unsere Reserven angreifen. Das Unterstützungswesen war bei uns überspannt. Wir haben es zunächst mit einer Kürzung der Unterstützung versucht, um etwa ein Drittel. Das würde genügt haben, wenn die Einnahmen einigermaßen die gleichen geblieben wären. Hinzu kommt, daß wir die Altersinvalidenunterstützung für die langjährigen alten Mitglieder auf der Saarbrücker Generalversammlung eingeführt haben. Somit konnten und durften nicht die letzten Reste der Verbandsfinanzen verausgabt werden.

Ueber das Finanzgebaren des Verbandes wird ja der Verbandskassierer Segemann berichten. Ich will nur einige summarische Zahlen anführen, aus denen Sie ersehen können, daß höchste Gefahr im Verzuge war; denn wenn immer mehr ausgegeben werden muß als einkommt, dann kann der Tag berechnet werden, an dem die letzten Mittel vergriffen sind. Wie die Erwerbslosenunterstützung gestiegen ist, ersehen Sie an folgenden Zahlen. Von den Gesamteinnahmen wurden allein für Erwerbslosenunterstützung verausgabt: im Jahre 1928 24,3%, im Jahre 1929 35%, im Jahre 1930 71%, im Jahre 1931 84%. Dazu kommen die anderen Unterstützungen. Im ersten Quartal 1932 annähernd 110% für alle Unterstützungsarten.

Ob wir gezwungen sind, noch weitere Einschränkungen zu machen, ist nicht ausgeschlossen. Aber auch das hat seine Grenze, die nicht überschritten werden kann. Denn zur Aufrechterhaltung des Verbandes ist ein Organisationsapparat erforderlich.

Aus dieser Gesamtsituation heraus mußten Vorstand und Ausschuß sich entschließen, im Interesse des Verbandes die Erwerbslosenunterstützung ab 1. Juli bis auf weiteres außer Kraft zu setzen. Gleichzeitig wurden für die 1., 2. und 3. Beitragsklasse, für die ja nur allein Erwerbslosenunterstützung in Frage kommt, die Beiträge herabgesetzt, und zwar in der 1. Klasse von 1,25 RM für die Hauptklasse auf 1 RM, in der 2. Klasse von 1 RM auf 0,80 RM, in der 3. Klasse von 0,75 RM auf 0,60 RM pro Woche.

Aus all diesen Darlegungen werden Sie ersehen haben, daß es höchste Zeit war, daß durchgegriffen wurde. Ich kann den Delegierten nur dringend empfehlen, dem Beschluß des Vorstandes und Ausschusses beizutreten und zur Zeit keine Änderung vorzunehmen, den genannten Körperschaften wieder Vollmacht zu erteilen, um bei geeigneter Zeit in eine neue Prüfung einzutreten. Auch ersuche ich, von jeder weiteren Belastung des Verbandes, wie es einige Anträge wollen — besonders in weiterer Anrechnung der Mitgliedschaft für Altersunterstützung oder weiteren verringerten Beiträgen —, abzusehen.

Auch in der Altersinvalidenunterstützung dürfen wir die Dinge nicht überspannen. Heute steht schon fest, daß mit den jetzigen Beiträgen die festgesetzten Unterstützungen nicht getragen werden können. In der Organisation kann auch nicht nur das gute Herz den Ausschlag geben, sondern es muß auch der Rechenstift angelegt werden, sonst erreicht man nur, daß die ersten bei Anrechnung der niederen Beiträge die Unterstützungen beziehen und die späteren leer ausgehen. Ein gewissenhafter Hausvater muß darauf sehen, daß in Notzeiten nicht der eine Teil der Hausgenossen gesättigt wird, der andere aber leer ausgeht und verhungert. Der gewissenhafte Hausvater sollen wir sein, die wir hierhergefannt wurden, um nach bestem Wissen und Gewissen Entscheidungen zu treffen.

Kollegen, ich habe es für gut gehalten, schon in der Berichterstattung auf manche Punkte hinzuweisen, das wird der Kommission zur Beratung der Anträge die Arbeit etwas erleichtern.

Ich hoffe, daß alle Delegierten vom Ernste der Situation durchdrungen sind. Ich kenne meine Metallarbeiter, sie haben immer großzügig gehandelt, wenn es die Zeitumstände erforderten.

Wir haben in der Vergangenheit wiederholt Beiträge ohne Generalversammlung um 20 Pf. und mehr erhöht, was uns alle anderen Organisationen nicht nachahmen konnten, und volles Verständnis bei den Mitgliedern gefunden. So soll es auch in der Zukunft bleiben!

Kollegen, ich weiß, daß die Zeit schwer ist und der Werbearbeit große Hindernisse bereitet sind. Aber, Kollegen, wir müssen alle Kräfte aufbieten; es wird immer noch Erfolg herauskommen.

Kollegen, es geht jetzt um das Ganze. Die Arbeiter haben vieles zu gewinnen oder alles zu verlieren, und es wird davon abhängen, ob sie in geschlossenen Organisationen zusammenstehen oder wieder in Lethargie zurückfallen. Dieses müssen wir der Arbeiterchaft, auch den Arbeitslosen klarmachen. Das Abstreifen breiter Massen, auch der Arbeitslosen, stärkt die Reaktion und Herrenklubs gegen die Arbeiter, gegen Sozialpolitik und Volksrechte. Gegen die Reaktion anzukämpfen, muß unsere Aufgabe sein trotz aller Schwierigkeiten, die uns entgegenstehen.



Kollege Schmitz dankte unter starkem Beifall für die prächtigen und umfassenden Darlegungen des „Alten“, der noch so jung sei wie irgendeiner. Wir wissen, daß unser Verband unüberwindlich ist trotz Reaktion und antisozialem Ansturm, auch dann, wenn selbst „Graf Deuwel“ regiert.

Am Nachmittage sprach

Zweiter Verbandsvorsitzender Karl Schmitz.

Auch seine Ausführungen gingen weit über das hinaus, was man Berichterstattung nennt. Sie waren vielmehr sehr eingehende und wesentliche Darlegungen zu den Problemen der gegenwärtigen Zeit, vor allem soweit sie die Arbeiterschaft berühren.

Viele Ereignisse unseres öffentlichen und sozialen Lebens der verflochtenen Jahre weisen, so verschiedenartig sie auf den ersten Blick scheinen mögen, doch in ihrem innersten Wesen einheitliche Grundzüge auf. Wie die Glieder einer Kette sich aneinanderreihen, so schließt sich Vorgang an Vorgang zu Endergebnissen, die schwere Rückschläge für die deutsche Arbeiterschaft bedeuten.

Die deutsche Arbeiterschaft ist auf allen Gebieten des öffentlichen Einflusses, der gesellschaftlichen Gleichberechtigung, der materiellen Existenz, der Wahrung ihrer Interessen in die Defensive gedrängt worden.

Es wäre falsch, das in irgendeiner Form bemängeln oder gar leugnen zu wollen.

Das sozialpolitische Leben ist seit Jahren beherrscht von der Stimmungsmache der Unternehmerpresse, von dem Kampfe gegen die Sozialgesetzgebung, von dem fortwährenden Ansturm gegen Tarifverträge, Schlichtungswesen, Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen, von dem Angriffe auf das Arbeitsrecht überhaupt.

Dabei liegt die tiefste Tragik in der Tatsache, daß die gewerkschaftliche Kraft durch die ungeheure Wirtschaftskrise, vor allem aber durch ein starkes Nachlassen der Spannkraft vieler Arbeiter, starke Einbußen erlitten hat. Viele Arbeiter glauben, ihr Heil einzig und allein in politischen Parteien, in Soldatenspiel, in Uniform und Helmpose suchen zu müssen.

Der Glaube an die Macht des Stimmzettels, die Vergötterung der Staatsmacht und Staatshilfe ist nie so stark gewesen wie in unseren Tagen. Dabei beweist gerade unsere Zeit mit eklatanter Deutlichkeit, wie ohnmächtig das ganze derzeitige politische Parteigetriebe ist. Rund 75% des stimmberechtigten deutschen Volkes bekennt sich zu politischen Parteien, die in irgendeiner Ausmachung den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Viele Arbeiter lassen sich zu parteipolitischen Experimenten, vor allem zu Sturmtrupps bürgerlicher und sozialer Reaktion mißbrauchen; nie ist der Einfluß der Arbeiter auf das öffentliche und staatliche Leben Deutschlands so gering gewesen wie in diesen Zeiten der Hochflut eines buntschillernden Sozialismus.

Ich weiß, wie vieles von diesem Unerspreulichen auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß 5 bis 6 Millionen unserer Menschen beschäftigungslos sind.

Gibt Beschäftigung und Brot und Aussicht auf Fortkommen und Aufstieg, ich bin überzeugt, manches von dem, was unser Volksleben heute beherrscht und erschüttert, wird bald als das gewertet, was es ist: geistige Verwirrung als Folge materieller und seelischer Not.

Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht gibt umfassenden und gründlichen Aufschluß über die wirtschaftliche, soziale und gewerkschaftliche Entwicklung der letzten Jahre. Ich will mich daher — ebenso wie es Kollege Wieber getan hat — auf die Erläuterung und Ergänzung einiger Fragen beschränken.

Dabei befaße ich mich zuerst mit der Lohnpolitik,

weil die Lohnpolitik der erste und ursprünglichste Ausgangspunkt aller gewerkschaftlichen Arbeit ist. Sie ist gleichsam der Mutterboden der gewerkschaftlichen Arbeit.

Für die von uns betriebene Lohnpolitik war der Gedanke maßgebend, ob die Kaufkraft der Arbeitermassen unnützlich zerstört, oder aber ob auf möglichste Erhaltung der Kaufkraft der Löhne hingesteuert werden sollte.

Um aber den Absturz der Einkommensverhältnisse der Arbeiter einigermaßen auszugleichen, haben wir mit größtem Nachdruck Verbilligung der Lebenshaltungskosten gefordert und zum Teil auch erreicht. Wenn man die amtliche Indexzahl der Lebenshaltungskosten als Maßstab für das Auf und Nieder der Preise gelten läßt, so bleibt doch immerhin beachtlich, daß die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten von 156,5 im März 1929 auf 121,5 im Juli 1932 gesunken ist, was einen Rückgang von rund 23% bedeutet.

Der Geschäftsbericht des Arbeitgeberverbandes Nordwest für 1931 nennt das eine kurzfristige, engherzige, ihren angeblichen Zweck (Erhaltung der Kaufkraft) gründlich verfehlende Konjunkturpolitik.

Diese Art der Lohnpolitik — bewußt betriebene Preislenkung bei sinkenden Löhnen — hat mit Rücktritt der Regierung Brüning auf-



gehört. Die Notverordnungen der Regierung von Papen, sowohl die vom Juli als auch die vom 4. September 1932, sind aufs höchste verhängnisvoll für die an sich schon notleidende Menschheit.

Zwischen der Lohnpolitik der Regierung Brüning und der Regierung von Papen besteht ein fundamentaler Unterschied. Die Regierung Brüning wollte die Kaufkraft der arbeitenden Volksschichten soweit als möglich erhalten wissen. Sie arbeitete bewußt und positiv auf eine gründliche Senkung der Preise und Lebenshaltungskosten hin. Die Lohnsenkung war ihr Mittel zur Preislenkung. Die kategorischen Eingriffe des Preisdiktators von Gördele Ende 1931, Anfang 1932 waren vielen, vor allem vielen Händlern und Geschäftsleuten, ein Dorn im Auge.

Es gilt daher, die Aufgaben der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Lohnpolitik klar herauszustellen, vor allem aber auch die gewerkschaftlichen Kräfte so zu formieren und so zu stärken, daß diese unsere Aufgaben erfolgreich durchgeführt werden können.

Bei Ausflieg der Konjunktur — wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu geschaffen sind — werden wir vieles tun müssen, um die vielen Verschlechterungen auf lohnpolitischem Gebiete wieder auszugleichen.

Allein noch drücken uns andere Sorgen. Es drohen Gefahren dem Tarifvertragswesen überhaupt. Heute und wahrscheinlich auch noch für die nächste Zukunft steht Größeres auf dem Spiele als in den vergangenen Jahren. Heute steht in der Tat die Frage im Vordergrund, ob

der Tarifvertrag, anstatt Lohnschutz zu sein, zum Unternehmerschutz werden soll?

#### Tarifrecht und Tarifficherung.

Werte Kollegen! Wir müssen die Entwicklung des Tarifrechts und der Tarifpraxis klar erkennen, um vor allem auch unsere Stellungnahme und unsere Taktik zu den kommenden Auseinandersetzungen zu finden. Es haben sich in den letzten Jahren offensichtlich folgende Etappen der Entwicklung des Tarifrechts und der Tarifficherung ab. Jahrelang hat das Unternehmertum gegen den sogenannten „Einmannschiedspruch“ angekämpft. Bis zum 22. Januar 1929 war gesetzlich zulässig, daß der amtliche Schlichter einen Schiedspruch in Gesamtsstreitigkeiten über Lohn- und Arbeitsbedingungen fällte, ohne auf eine Mehrheit der Stimmen der Schlichterkammer angewiesen zu sein.

Der sogenannte Eisenkonflikt des Jahres 1928 war aus diesem Kampfe gegen den Einmannschiedspruch im wesentlichen entstanden. Die Aussperrung, von der rund 215 000 Arbeiter und ihre Familien betroffen wurden, richtete sich in erster Linie gegen das damals bestehende Schlichtungsrecht und gegen die bis dahin vielfach übliche Schlichtungspraxis, die, wie bereits gesagt, den sogenannten Einmannschiedspruch zuließ.

Stärkster Sturm wurde sodann weiter auf die Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen angezettelt. „Das Verantwortungsbewußtsein der Vertragspartner muß stärker hervortreten“, so lautete die in vielen Variationen abgewandelte Begründung der Unternehmer. Diesem Begehren der Unternehmer kamen gewichtige Stimmen aus dem sozialistischen Lager entgegen. „Der Kampf muß wieder aufleben, die Kampffront muß verbreitert, vertieft werden; daher Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen nur noch im äußersten Falle.“ So vielfach die Stimmen im sozialistischen Lager.

Wir haben uns allzeit gegen die Aufhebung der Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen gewehrt, weil sonnenklar ist, daß die Arbeiterschaft in der Großindustrie, in den Großtarifverträgen überhaupt fast stets ins Hintertreffen gerät, wenn die Aenderung der Tarifverträge nur im Wege der sogenannten freien Verantwortlichkeit der Vertragsparteien vonstatten gehen soll. Das geordnete Zustandekommen von Tarifverträgen und die Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen bildet hier einen wesentlichen Bestandteil des Arbeiterschutzes überhaupt.

Verfolgen wir den Weg der Entwicklung des Tarifrechts und des Tarifvertrages weiter, so sehen wir in den Notverordnungen des Jahres 1932 eine weitere Durchlöcherung des Tarifvertrages.

Der lohnpolitische Teil der Verordnung zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932, der den sogenannten Lohnplektrum, d. h. eine Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze zuläßt, bedeutet eine weitere Durchlöcherung des Tarifvertragesgedankens in so hohem Maße,

daß tatsächlich — wie es in der Begründung dazu heißt — „der Tarifvertrag nur noch in seinem begrifflichen Merkmal unberührt bleibt“.

Die Frage tritt schon sofort auf, ob die Arbeiterschaft überhaupt noch Interesse an etwas hat, was nur noch sein begriffliches Merkmal übrig läßt.

Allein die Entwicklung scheint mit noch nicht zu Ende zu sein. Es geht um noch mehr. Was sich da verbirgt unter den Schlagworten „Auflockerung, Aufspaltung der Tarife, freiere Lohnfindung“, das enthüllt mit unverblümter Deutlichkeit der Geschäftsbericht des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom Juni 1932.

Dieser Arbeitgeberverband, der sich kurzweg „Arbeitsnordwest“ nennt, ist über diese Verordnung der Regierung von Papen ungehalten, ungehalten vor allem über die sogenannten Sicherungen, die mit dem Lohnspielraum verbunden sein sollen. Schon vor Erlass dieser Notverordnung, am 2. September 1932, verwahrt sich Arbeitsnordwest in der „Bergwerks-Zeitung“ dagegen, daß behauptet worden ist, „die Maßnahmen auf tarifpolitischem Gebiete wären die 100prozentige Erfüllung der seit langem vorgebrachten Unternehmerwünsche, wären insbesondere die Verwirklichung der Ideen von Arbeitsnordwest“.

Wir — und mit uns ausnahmslos die sozialpolitische Wissenschaft — haben den Tarifvertrag, das Schlichtungswesen, die Verbindlichserklärung von Schiedsprüchen — alles Einrichtungen, die die Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer regeln, jederzeit als Friedensinstrumente betrachtet. Tatsächlich haben sie auch in hohem Maße zur Milderung des Gegensatzes zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer beigetragen.

Arbeitsnordwest verfälscht den Charakter des Tarifvertrages. Aber abgesehen davon. Am wichtigsten sind seine Vorschläge für die Auflockerung des Tarifvertrages. Der Begriff „Freiere Lohnfindung innerhalb der laufenden Tarifverträge“ wird in dem bereits erwähnten Jahresbericht folgendermaßen ausgelegt. Hier heißt es:

„Der Staat könnte und sollte sagen: Die Lohnsätze der laufenden Tarifverträge dürfen durch Einzelarbeitsverträge, also durch Verträge zwischen Betriebsführung und Belegschaftsmitglied, um einen bestimmten Hundertsatz unterschritten werden. Dieser Hundertsatz müßte natürlich erheblich sein, denn immer wieder muß im Auge behalten werden, daß bei dem heutigen eingeschrumpften Umfang der Wirtschaft, bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit die Unterstützungsbezüge der Arbeitslosigkeit praktisch ohnehin das Schicksal bezeichnen, von dem größte Teile der Arbeiterschaft betroffen sind, ein weiterer Teil der Arbeiterschaft durch Kurzarbeit nicht mehr weit hiervon entfernt ist und dieses schließlich noch einem größeren Teil der Gesamtarbeiterschaft droht, wenn nicht neue Wirtschaftstätigkeit hervorgerufen wird.“

Was damit als „Auflockerung der Tarifverträge“ gefordert wird, ist die Zerstörung der Tarifverträge.

Der Tarifvertrag, so wie ihn Arbeitsnordwest auffaßt, ist das Gegenteil von dem, was er sein sollte: ein Unternehmerschutz, kein Lohnschutz. Ob

die Arbeiterschaft unter solchen Umständen überhaupt noch ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Tarife hat, lasse ich dahingestellt. Die Zukunft wird lehren, ob der Allgemeinheit besser gedient ist mit einem wirtschaftlichen Guerillakrieg oder mit tariflicher Ordnung, die Stetigkeit und Sicherungen gewährleistet.

Ich muß mich nunmehr der Entwicklung zuwenden, die auf dem Gebiete der Sozialversicherung festzustellen ist.

#### Die deutsche Sozialversicherung droht zu verkümmern.

Sie ist dem Druck der Wirtschaftskrise und dem Ansturm ihrer Gegner ausgezehrt. Die deutsche öffentliche Meinung ist jahrelang mit dem Schlagwort von den ungeheuren „sozialen Belastungen“ gleichsam unter Trommelfeuer gehalten worden. Der Leistungsabbau hat, namentlich für die Opfer der Wirtschaftskrise, die Grenzen des Erträglichen längst überschritten. Das Versicherungsprinzip in der Arbeitslosenversicherung ist eben noch dem Namen nach erhalten geblieben.

Es ist bemerkenswert, daß in den ersten Jahren der Berichtszeit — wie das im Geschäftsbericht im einzelnen ausführlich nachgewiesen ist — noch einige immerhin nicht unbeachtliche Verbesserungen erzielt werden konnten.

So wurde durch Gesetz vom 20. Dezember 1928 der Kreis der gegen Unfall Versicherten erweitert. In der Invalidenversicherung wurde der Kinderzuschuß für die Invalidenrente um 30 *M* jährlich erhöht und die vor dem 1. Oktober 1927 geklebten Beitragsmarken mit einem höheren Stelgerungssatz eingerechnet.

Im Jahre 1929 wurden durch die 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 zu den 11 Arten von Berufskrankheiten noch weitere 11, also insgesamt 22, der Unfallversicherung unterstellt. Davon kommen allein 17 Arten für Metallarbeiter in Frage.

Im übrigen aber trifft zu, was ich vorhin schon sagte: Die Sozialversicherung als Ganzes ist in Gefahr, die Arbeitslosenversicherung ist auf kümmerliche Reste ihres früheren Glanzes zurückgeworfen worden.

Die selbsterwecklichste und einschneidendste Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung ist durch die Notverordnung der jetzigen Regierung vom 15., 16. und 17. Juni 1932 durchgeführt worden. Auch sonst bringt diese Verordnung ganz erhebliche weitere Verschlechterungen der Sozialversicherung. In der Kriegsopferversorgung werden die Renten der Kinderlosen leichtbeschädigten ebenso gekürzt wie bisher schon die Renten der leichtbeschädigten mit Kindern.

Der Sozialdemokratie kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie sich aus der Regierung und damit von der unmittelbaren Verantwortung zurückzog, als die Wirtschaftskrise brenzlich wurde, und als offenbar wurde, daß für die Arbeiter Verschlechterungen auf allen Gebieten einsehen würden. Für die Partei mag es angebracht sein, die Führung zu halten, solange es aufwärts geht, sich zurückzuziehen, wenn das Regieren unbequem wird. Für die Arbeiterschaft ist es immer von Nachteil, wenn große Parteien, denen sie ihr Vertrauen schenkt, sich in den Schmollwinkel zurückziehen, wenn sie tolerieren oder fruchtlose Opposition betreiben. Die Entwicklung geht alsdann über sie hinweg.

Dieser Vorwurf gilt der sozialdemokratischen Partei, mehr noch den Kommunisten. Wer maßgeblichen Einfluß ausüben will, muß bei der Stange bleiben, in guten und in bösen Tagen.

Lassen Sie mich nunmehr einiges sagen über den  
Verband in der Berichtszeit.

Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1928 um 13 634, im Jahre 1929 um 11 490, im Jahre 1930 auch noch um 2451. Ende 1931 zählte der Verband 112 898 Mitglieder, was einem Rückgang im Jahre 1931 von 10,8 Prozent entspricht.

Die Mitgliederzahl ging zurück, weil die Werbekraft in der Krise erlahmte. Der natürliche Abgang an Mitgliedern wurde nicht durch Zugang neuer Mitglieder wettgemacht. In welchem Maße die Werbekraft nachließ, sehen wir am besten an der Tatsache, daß wir

1928 noch 40 087 Neuaufnahmen und Uebertritte erzielten, der Zugang betrug 40,5 % der Mitglieder.

1929 erzielten wir noch 34 124 Aufnahmen und Uebertritte, gleich 30,3 % der Mitglieder.

1930 sank die Ziffer schon auf 26 248 herunter. Der Zugang betrug noch 21,1 % der Mitglieder.

1931 fiel die Aufnahmeziffer auf 13 976, was noch einen Zugang von 11 % der Mitglieder bedeutet.

Wir müssen aus dieser Stagnation im Werbewesen heraus.

Sodann einiges

zur Beitragsfrage.

Allemaal, wenn in Notzeiten Unterstützungszweige in den Gewerkschaften eingeschränkt oder gar vorübergehend aufgehoben werden, setzt eine Diskussion ein über Wesen und Charakter der Organisation, über Wert oder Unwert der sogenannten sozialen Unterstützungen der Verbände. In solchen Zeiten steigt — theoretisch wenigstens — der Kurs des Kampfcharakters der Gewerkschaften, Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung, oder auch beide werden leicht „zum alten Eisen“ geworfen. Zugleich aber — und das ist das Interessante, was in den Stimmen zu unserer Generalversammlung im Verbandsorgan zum Ausdruck kommt — lobt man die Alters-Invalidenunterstützung mit schönen Worten und



Haus im Vorgebirge

durchschlagenden Argumenten. Die Alters-Invalidenunterstützung wird dann mit einem Male die gewerkschaftliche Unterstützung.

Machen wir uns keiner Inkonsequenz schuldig. Alle Verbandsunterstützungen haben hohen Wert für die Mitglieder. Dadurch zeichnen sich die Gewerkschaftler vor den Nichtorganisierten aus, daß sie sich gegenseitig in allen Notlagen des Lebens stützen und schützen. Ich meine: In Beitrags- und Unterstützungsfragen sollte es keine Verschleierung, keine Taktik geben. Hier gibt es tatsächlich nur ein Entweder-Oder.

Man mag über Beitrag, über Beitragshöhe und Lohn, über Beitragsmöglichkeiten und Beitragsfreudigkeit diskutieren was man will, eines diskutiert man keiner, keiner aus der Welt: Der Verbandsbeitrag muß dem Werte entsprechen, den wir der Organisation überhaupt beimessen. Begnügen wir uns mit geringen Leistungen, schätzen wir die Aufgabe und den Wert der Organisation gering, dann können wir uns auch mit einem geringen Beitrag begnügen.

Sehen wir aber in der Organisation das Lebenselement unserer Interessenvertretung, das stark und mächtig Widerstand leistet, Eroberungen machen muß, sehen wir in ihr darüber hinaus die Gemeinschaft der Standesgenossen, die sich gegenseitig hilft in allen Notlagen des Lebens, sehen wir in ihr gar — wie es in den letzten Zeiten in überaus starkem Maße geschehen ist — die Versicherung gegen Not in alten Tagen, so müssen wir uns schon zu einer Beitragsfreudigkeit aufschwängen, die die Erfüllung dieser Aufgaben zuläßt.

In der Beitragsentwicklung der letzten Jahre liegt eine große Gefahr für die Organisation, eine Gefahr vor allem auch für die Aufrechterhaltung der Alters-Invalidenunterstützung.

Wir haben die Pflicht, gegen jede Beitragsunmoral einzuschreiten und dafür Sorge zu tragen, daß jedes Mitglied die Verbandszahlung als das durch die Generalversammlung geschaffene oberste Gesetz des Verbandes respektiert.

Ueber die Anteilnahme der Mitglieder an dem geistigen Leben des Verbandes ist nicht zu klagen. Das bezeugt das aufschlußreiche Kapitel — Bildungswesen im Geschäftsbericht —, worauf ich im Hinblick auf die vorgerückte Zeit nur besonders aufmerksam machen kann. Jedes Verbandsmitglied müßte den Geschäftsbericht des Vorstandes nicht nur lesen, nein, gründlich studieren, und alle richtigen Anwendungen daraus ziehen. Es stände dann besser um den Verband und um die Metallarbeiter.

Ich komme nunmehr zum Schluß. Besonders dankbar ist es nicht, dieser Generalversammlung Geschäfts- und Tätigkeitsbericht zu erstatten. Wir können — im Gegensatz zu früher — kein Füllhorn mit Gaben ausschütten; aber wir stehen trotzdem nicht mit leeren Händen da. Bedeutungsvolles ist trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen erreicht, manches vor allen Dingen verhütet worden. Ich fasse kurz zusammen, was da in Frage kommt.

1. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Entwicklung des geistigen und öffentlichen Lebens Deutschlands in dieser Berichtsperiode ist, daß die Konterrevolution angehalten worden ist. Täuschen wir uns nicht darüber hinweg, daß weite Schichten des deutschen Volkes mit wahrer Wollust alles zu verschlagen bereit waren, was die Arbeiterschaft in den letzten 1½ Jahrzehnten an Fortschritten erreicht hatte. Das ist doch der Sinn jeder Gegenrevolution.

2. Die Grundlagen unseres deutschen Soziallebens sind gehalten worden. Mögen die Leistungen der Sozialversicherung herabgesetzt, die Ausübung gewisser Einrichtungen des Arbeiterrechts erschwert worden sein. Vieles davon geschah zwangsläufig. Alles kann zurückerobert werden, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu vorhanden und wenn wir die gewerkschaftlichen Mittel darauf einstellen.

3. Aber — wir taten unsere Pflicht. Wir waren die ersten, die die Öffentlichkeit auf die Verheerungen aufmerksam machten, die die Krise hervorrufen würde. Wir haben das öffentliche Gewissen geschärft und allzeit Vorschläge gemacht und begründet: Für eine vertretbare Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierung. Wir haben uns nachdrücklich eingesetzt für Förderung der Ausfuhr, für Abbau und Beseitigung der Handels- hemmungen. Wir haben allzeit gekämpft gegen die Reparationen, gegen die zollpolitischen Benachteiligungen Deutschlands, für Zins- und Steuerlenkung, gegen Ueberspannung der Rationalisierung usw.

Wir erkannten auch, daß es notwendig sei, der Agrarkrise beizukommen, freilich nicht — wie es bei uns zum doppelten Nachteil der Industriebevölkerung geschehen ist — mit überspannten Agrarzöllen, sondern durch Schaffung besserer, einheitlicher Erzeugnisse, durch Standardisierung, durch Schaffung besserer Produktions- und Absatzorganisationen, und durch Erziehung der Konsumenten, deutscher Ware den Vorzug zu geben, wenn sie in Preis und Qualität der ausländischen gleichartig ist.

Wir waren also unablässig tätig, um den noch in Arbeit stehenden Arbeitern den noch möglichen Lebensraum zu sichern, um die Opfer der Krise vor dem Elend und vor der Verzweiflung zu bewahren, und schließlich, um Mittel und Wege zu suchen, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Unsere Sekretäre waren in den Krisenzeiten mehr denn je Berater und Beschützer der Mitglieder. Der Ausweis über die Rechtshültätigkeit — den der gedruckte Geschäftsbericht ausführlich enthält — beweist, wie und mit welcher großen Erfolge der Verband um die Rechte und Interessen der Mitglieder gekämpft hat. Der Verband war den Mitgliedern Schutz und Hort.

Die Kollegenschaft war mit größter innerer Anteilnahme auch diesen Ausführungen gefolgt. Sie dankte dem Referenten durch herzlichen Beifall.



Groß-St. Martin in Köln

## Der Kassenbericht

Hauptkassierer Franz Segemann

spricht über die Kassenverhältnisse.

Der Bericht des Hauptvorstandes, der unserer Generalversammlung in Druck vorliegt, gibt auf Seite 116 bis 119 die Rechnungsabchlüsse der Hauptklasse der einzelnen Berichtsjahre wieder. Ich kann es mir daher erparen, im einzelnen die Zahlen der Jahresabchlüsse sowie der einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten nochmals vorzutragen. Um aber ein vollständiges Bild über die Gesamteinnahmen des Verbandes zu erhalten, ist es notwendig, daß zu den in den Abchlüssen aufgeführten Hauptklasseneinnahmen auch noch die in den Verwaltungsstellen erhobenen Lokalbeiträge und sonstigen Einnahmen hinzugerechnet werden. Demnach ergibt sich in den vier Berichtsjahren eine Verbandseinnahme von insgesamt 21 690 329,49 RM. Hiervon entfallen als Einnahmen für die Hauptklasse 17 217 300,69 RM und für die Lokalklasse an Lokalbeiträgen 4 473 028,80 RM.

Bei meinen weiteren Darlegungen scheiden die Kassenverhältnisse der Lokalkassen aus und erstrecken sich meine Ausführungen im wesentlichen nur auf die Finanzverhältnisse der Hauptklasse.

Von den genannten 17 217 000 RM Einnahmen der Hauptklasse entfallen auf Beiträge der Mitglieder 15 917 000 RM, und auf sonstige Einnahmen, Zinsen usw., rund 1 300 000 RM. Für die Hauptklasse des Verbandes ausschlaggebend sind die Einnahmen aus den Wochenbeiträgen der Mitglieder, und für die Bemessung der Leistungen des Verbandes und auch für die Berechnungen sind diese maßgebend und entscheidend. Von den 15 917 000 RM an Beiträgen werden noch 15 % den Lokalkassen zurückerzögnet. Die Gesamtsumme dieser Rückvergütung in den 4 Berichtsjahren beläuft sich auf 2 359 000 RM. Weiter ist die Hauptklasse verpflichtet, von den Beiträgen der I. und II. Beitragsklasse je 20 Pf. bzw. 15 Pf. an den Alters-Invalidenfonds abzuführen. Dieser Anteil für den Alters-Invalidenfonds aus den Beiträgen der I. und II. Klasse beläuft sich in den letzten 4 Jahren auf insgesamt 2 143 382 Reichsmark, so daß der Hauptklasse aus den Beiträgen der Mitglieder noch insgesamt 11 414 544 RM verfügbar bleiben. Von dieser Beitragssumme, die der Hauptklasse zur Verfügung stand, wurden allein in den 4 Jahren an Unterstützungen an die Mitglieder 9 535 000 RM wieder ausgezahlt. Hiervon entfällt allein auf die Erwerbslosen-Unterstützung der Betrag von 6 Millionen RM. Für Streiks und Lohnbewegungen wurden etwas über 3 Millionen RM und an sonstige Unterstützungen noch 514 000 RM ausgezahlt. Auf die einzelnen Jahre verteilt; betragen die Unterstützungsausgaben der Hauptklasse insgesamt im Verhältnis zu den Beitrags-einnahmen, die der Hauptklasse verblieben,

im Jahre	1928	103,8 %
	1929	52,6 %
	1930	85,1 %
	1931	107,2 %

Hauptkassierer Kollege Hegemann wies dann an graphischen Darstellungen die finanzielle Lage des Verbandes auf.

#### Beitragswesen.

Die Haupteinnahmequelle des Verbandes sind die Mitgliederbeiträge. Die Höhe derselben und die daraus sich ergebenden Einnahmen bestimmen ausschlaggebend die Leistungen und die Leistungsfähigkeit des Verbandes. Der Kollege Schmig hat bereits in seinen Ausführungen zum Geschäftsbericht seine Auffassung zur Beitragsfrage betont, der ich mich nach der grundsätzlichen Seite voll und ganz anschließen kann. Ich möchte deshalb nur über die Auswirkungen der Beitragshöhe auf unser Finanzwesen einige ergänzende Ausführungen machen. Bei allen Berechnungen, die wir seitens des Hauptvorstandes für die Bemessungen der Unterstützungsleistungen und andere Ausgaben des Verbandes machen, gehen wir von einem Durchschnittswert pro Beitragsmarke aus.

Dieser Durchschnittswert pro Beitragsmarke wird entscheidend beeinflusst von der Einstufung der Mitglieder in die zuständige richtige Beitragsklasse. Diese Einstufung ist in ihrer finanziellen Auswirkung von der allergrößten Bedeutung. Auf unserer Generalversammlung in Saarbrücken ist ausdrücklich darauf verwiesen worden, und auch eine Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme, die unsere Mitglieder und alle Funktionäre des Verbandes anwies, der Einstufung der Mitglieder größte Bedeutung zuzumessen. Nach der Generalversammlung von Saarbrücken im Verlaufe des Jahres 1929 und auch noch einige Zeit später konnten wir günstige Auswirkungen dieses Beschlusses feststellen. Ein Blick auf die Rechnungsabschlüsse der vier Jahre zeigt bei den Beitragsleistungen der 1. Klasse eine erfreuliche Steigerung.

Diese anfangs sehr günstige Entwicklung wurde indes später durch die Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Schwierigkeiten wieder stark rückwärtswirkend beeinflusst. Insbesondere zeigt sich durch die Aussteuerung und die weitere Dauer der Erwerbslosigkeit unserer Mitglieder ein stetiges Anwachsen der A.-Marken. Infolge dieser Verhältnisse scheiden immer mehr Mitglieder aus der regulären Beitragsleistung (Vollbeiträge) aus und zahlen den Beitrag der A.-Markenklasse, wovon die Hauptklasse pro Marke nur 8 1/2 Pf. erhält. Entsprechend der bis auf den heutigen Tag ständig angewachsenen Zahl von Mitgliedern, die zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft A.-Marken zahlen, trat eine entsprechende Rückwirkung bei den Verbandseinnahmen in starkem Maße auf. Während wir Ende des Jahres 1929 von den Gesamtbeiträgen 8,1 % A.-Markenzähler hatten, stieg diese Zahl bis gegen Ende 1930 auf 27,8 % und betrug Ende 1931 41,3 % der gesamten Mitgliedschaft. Im Verlaufe des Jahres 1932 ist diese Zahl weiter gestiegen, und bei Abschluß der Juli-Abrechnung waren 54,8 % A.-Markenzähler vorhanden. Daß durch das ständige Zunehmen der A.-Markenzähler der Beitragswert pro Marke stark herabgedrückt wird, brauche ich nicht besonders zu betonen. Während der durchschnittliche Wert pro Beitragsmarke für die Hauptklasse im Jahre 1929 noch 90 Pf. betrug, ist derselbe gegenwärtig auf 38 Pf. herabgesunken. Dieser Markenwert kennzeichnet sehr kraß die Mißere unserer gegenwärtigen Finanzverhältnisse. Infolge dieser ungünstigen Entwicklung bei den Einnahmen konnte die Zahlung der Erwerbslosen-Unterstützung nicht länger verantwortet werden, wenn nicht die Existenz des Verbandes auf das äußerste gefährdet werden sollte.

Bezüglich der bereits genannten A.-Marken und ihre Verwendung für die arbeitslosen Mitglieder, muß ich noch auf eine Begleiterscheinung besonders hinweisen, die uns große Sorgen macht. Nach den Bestimmungen der Verbandsstatuten soll das ausgesteuerte arbeitslose Mitglied einen Erwerbslosenbeitrag von 20 Pf. pro Woche entrichten. Hiervon entfallen 10 Pf. für die Hauptklasse und 10 Pf. für die Lokalkasse. Ein großer Teil unserer Ortsverwaltungen erhebt aber nicht 20 Pf., sondern 30 Pf. und mehr pro Woche von den ausgesteuerten Arbeitslosen. Ich weiß, daß die Lokalverwaltungen infolge der Verhältnisse auf diese Einnahme kaum verzichten können, wenn sie ihren Verwaltungsapparat bei größter Sparsamkeit aufrecht und intakt erhalten wollen. Nachdem aber die Bezüge der Arbeitslosen, sei es aus der Arbeitslosen- oder Krisen-Unterstützung, oder von Seiten der Wohlfahrt, in letzter Zeit auf ein Minimum gekürzt worden sind, wird es den Erwerbslosen immer schwerer, ja unmöglich gemacht, diese 30 Pf. pro Woche zu entrichten. Die Folgen zeigen sich bereits in vermehrten Austritten dieser Mitglieder. Wir müssen deshalb Mittel und Wege finden, um unseren arbeitslos gewordenen Mitgliedern, die guten Willens sind, die Möglichkeit zu geben, ihre Mitgliedschaft im Verbandsverbande mit einem kleineren Anerkennungsbeitrag aufrechtzuerhalten.

#### Alters-Invalidenfonds und Beiträge zu demselben.

Bei der Beitragserhöhung im Jahre 1926 wurde im weiteren Verlaufe des Verbandsvorstandes und -auschusses beschlossen, für den Alters-Invalidenfonds gewisse Beitragsanteile gesondert zurückzulegen. Diese betragen seit dem Jahre 1927 pro Beitragsmarke der I. Klasse 20 Pf. und der II. Klasse 15 Pf. Es war dies zunächst der Versuch, einen gewissen Reservefonds zu schaffen, aus dessen Kapitalzinsen die später anfallenden Renten unserer Alters-Invalidenversorgung gezahlt werden können. Es wird keiner behaupten wollen, daß mit diesem Beitragsanteil unsere Alters-Invalidenversorgung auf die Dauer aufrechtzuhalten ist. Vielmehr wird es notwendig sein, von den genannten Beiträgen der I. und II. Klasse einen größeren Betrag zurückzulegen, wenn unsere Alters-Invalidenversorgung auf der bisherigen Grundlage aufrecht gehalten und durchgeführt werden soll. Grundsätzlich möchte ich zu unserer Alters-Invalidenunterstützung folgendes sagen:

Jede gewerkschaftliche Unterstützungsart und insbesondere die Alters-Invalidenunterstützung ist nur möglich und durchführbar, wenn der Verband so wie früher in normalen Zeiten jährlich mindestens 25-30 % seiner Mitgliedschaft neu hinzugewinnt. Das war in früheren normalen

Jahren möglich; gegenwärtig stagnieren wir, ja unsere Mitgliederzahlen gehen zurück. Bei längerer Dauer dieses Zustandes ist die Alters-Invalidenunterstützung stark gefährdet, ja vielleicht ihre Durchführbarkeit unmöglich geworden.

Zum Schluß möchte ich auch noch ein paar Ausführungen zu den gestellten Anträgen machen. Bei objektiver Betrachtung unserer Finanzverhältnisse wird auch die Generalversammlung zu der Überzeugung kommen müssen, daß gegenwärtig eine Änderung im Beitragswesen, wie die Wiedereinführung der Erwerbslosen-Unterstützung, nicht gemacht werden kann. Soweit Anträge vorliegen für Anrechnung der A.- und J.-Marken für die Erringung der Anwartschaft für die Alters-Invalidenunterstützung, muß nach meiner Auffassung die Generalversammlung versuchen, Lösungen zu finden, die für den Verband finanziell tragbar sind und andererseits auch bei unseren Mitgliedern verbundene Kraft zur Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft haben.

Die Krisenperiode der letzten Jahre hat tief einschneidende Linien in unser Finanzwesen hineingezeichnet. Große Aufwendungen an Unterstützungsgebern waren erforderlich, um den in Not geratenen Kollegen vorübergehend Hilfe zu gewähren. In einzelnen Abchnitten der Berichtszeit waren diese Leistungen derartig hoch, daß die laufenden Einnahmen zur Deckung nicht ausreichten.

Ein Einblick in die Finanzverhältnisse des Verbandes zeigt, daß die gegenwärtige Situation in jeder Beziehung sehr ernst ist. Es wird daher Aufgabe unserer Generalversammlung sein, in Erkenntnis dieser Sachlage zu Beschlüssen zu kommen, die die Sicherheit des Verbandes und die Erhaltung über die Krisenzeit hinaus gewährleisten.

Franz Hegemanns mit Ruhe und Bedachtsamkeit vorgelegene finanzielle Lage des Verbandes konnte auf keinen Delegierten ohne große Wirkung bleiben. Der Tenor der Darlegungen, daß es keine Ausgabe ohne Deckung geben könne — eine Politik, welche im Christlichen Metallarbeiterverband seit je gang und gäbe ist —, wurde von den Delegierten stark unterstrichen.

#### Danach folgte der Bericht über Verbandsorgan und Bildungsweisen, welcher vom Verbandsredakteur Georg Wieber

erstattet wurde. Er führte unter anderem folgendes aus:

Wir haben in den Darlegungen über den Geschäftsbericht und über die Kassenverhältnisse den unmittelbaren Einblick tun können in Aufgabe, Leistung und nächste Aufgaben unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes. Es waren trübe, es waren teilweise erschütternde und dennoch in der Opferleistung der Organisation und der Kollegenschaft geradezu heroische Bilder. Sie bilden die eine Seite der Betrachtungsweise unserer Arbeit. Denn es ist klar: Eine Gewerkschaft, die im Tag schaffen muß, wird zunächst das Gegebene betrachten, die tatsächlichen Möglichkeiten, die finanzielle Tragbarkeit, die Kraft der eigenen Bewegung. Sie muß forschen, wie sie aus schweren Situationen herauskommen kann. Und sie kann auch gar nicht anders handeln, weil sie die Geschehnisse in ihren ursächlichen Zusammenhängen sieht und sehen muß. Erschwerend tritt zu allem die Einengung und Einzwängung durch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Gewerkschaften mußten manches auf sich einwirken, an sich herankommen lassen und durch bestmöglichen Kompromiß gefährliche Angriffe abzubiegen versuchen. Alles das verlangt Rührigkeit, Sachlichkeit, Ruhe, Festigkeit der Nerven, und ausschlaggebend eine rechnerische Sicherheit.

Jedoch, das ist der eine Teil, die Kraft, die für ihn notwendig ist, der Wille, der aus ihm spricht, die Aktivität, die in ihm wirkt, bedürfen dauernd der Erneuerung, der Schaffung, der Wegweisung. Das ist der andere Teil der gewerkschaftlichen Arbeit, die wir als das Bildungs- und Erziehungsweisen umfassen. Ich möchte hier keine Definitionen über Bildung, Kultur usw. geben. Ich möchte betonen, daß in Maß, Umfang und Willen unseres Bildungswesens der Grad der gewerkschaftlichen Disziplin, der Aufstiegskraft, des Freiheitswillens, ja der Beitragshöhe und der Eingliederung in die richtige Klasse sich zeigt. Denn die Höhe des Beitrages ist — um das einzuschalten — vielfach gar nicht so sehr von der Lohnhöhe, sondern von der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit abhängig.

#### Die geistige Aufgabe der Gewerkschaft.

Aber das Bildungsweisen greift weiter, denn es soll ja die Grundlage zum Befreiungskampf der Arbeiterschaft abgeben. Ein Verband, von der Größe und Bedeutung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes, hat die Aufgabe, hier auch richtunggebend zu wirken. Denn es handelt sich heute um mehr als nur um Lohn und Tarifvertrag, um mehr als nur um Sozialversicherung und Betriebsratswesen. Der gewerkschaftliche Kampf in der Vorkriegszeit war schwer, außerordentlich schwer, er verlangte größte Opfer. Und dennoch, er war leichter, weil er sich auf der Ebene einer festeren, geistigeren und kulturellen Welt abspielte. Aber heute ist ja alles ins Rutschen gekommen. Ewige Werte, wirtschaftliche Erkenntnisse, kulturelle und soziale Faktoren. Wir müssen im geistigen Bergutuch der Tage Dämme bauen.

Aber in eine solche Zeit ist auch die Gewerkschaftsbewegung hineingestellt. Sie hat nur die Wahl, ob sie von der Rotation des geistigen Gewühls mitgepaßt und mitgeschleudert wird, oder ob sie diesem geistigen Gewühl ihre eigene geistige Form der Sicherheit und des Zukunftswollens

ausprägen will. Man sieht klar, daß die gewerkschaftliche Organisation Aufgaben über den Tag hinaus zu erfüllen hat. Diese Aufgaben wenden sich an die seelische Kraft, an das Gefühl. Sie greifen in die Gestaltung der Politik, der Zukunft eines Volkes, der Wirtschaft, des sozialen Zusammenhanges hinein. Wie steht die Gewerkschaft zum Wirtschaftsgeist und zur Wirtschaftsform? Auch für eine christliche Gewerkschaft ist der Privatkapitalismus in der heutigen Form nicht der Schlüsselstein der menschlichen Wirtschaftsmöglichkeit. Was also dann? Gibt es Besseres? Gibt es eine Art des Wirtschaftens, welche den Menschen enger an seine Arbeit bindet und die Krisen verlangsamte? Gibt es ein politisches Leben, das fruchtbarer für Glieder und Volk ist, als etwa ein übersteigter Parlamentarismus? An diesem Besseren, am Zukünftigen mitzuschaffen, ist die andere wesentliche Seite der Gewerkschaftsarbeit.

Der Weg der Menschheit bleibt nicht beim Heute stehen. Für das Morgige gerüstet zu sein, ist auch unsere Aufgabe. Gedanken wachsen langsamer als Schornsteine. Selbst in unserem Lager sind Ideen heute Allgemeingut, die lust vor zwanzig Jahren mit Achselzucken abgetan wurden. Dürfen wir an die Idee: Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft erinnern? Gut, heute stehen wir noch vor größeren Fragen. Der Tag und die Tagesarbeit verlangen, über den Tag hinauszusehen.

**Die Revolution des Großbürgertums.**

Der Referent wies sodann auf den Weg der größten geistigen Revolution hin, welche im 14. Jahrhundert begann und nun endlich ihrem Höhepunkt zuzueilen scheint. Eine Revolution der Weltanschauung, der Denkbilder, der Wirtschaftsformen. Das Großbürgertum geht von da aus seinen Weg gegen die Gemeinschaft, für Eigengesetzlichkeit, gegen eine lechte Verantwortung.

Es lag im Wesen des Großbürgertums, sich gegen die konservativen Schichten zu wenden, welche dem geistigen, sozialen und politischen einseitigen Liberalismus im Wege standen. Gegen die Bauern 1525 in den Bauernkriegen. Die nächsten waren Adel und Geistlichkeit in der französischen Revolution. Jetzt steht die Walze gegen die Arbeiterschaft an. Denn die Arbeiterschaft, besonders die gewerkschaftlich organisierte, ist trotz allem Klassenkampferede das konservative Element der Gegenwart, wo selbst der Kleinbürger in Revolution geraten ist. Das alles sollte die Arbeiterschaft klar sehen. Denn der Handelnde muß in den Zusammenhängen der geschichtlichen Entwicklung leben, wenn er nicht den Einfällen des Augenblicks, den Irrtümern, der Horizontlosigkeit und der Phrase preisgegeben sein will. Deshalb beklagen wir alle mit Recht den Mangel in der Arbeiterschaft, daß sie so wenig weiß um die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Nicht etwa nur, weil es ein Mangel im Wissenschaft ist, sondern weil dem Arbeiter dadurch die Beurteilungsmöglichkeiten abgehen über seine eigenen Kräfte, über die Schwierigkeiten seines Vordringens, über die Kräfte seines Gegners. Denn Geschichte ist ja nicht nur ein Geschehnis von vor 500 Jahren, sondern was sich gestern oder vor zwei und drei Jahren abspielte. Wer mag wohl aus unserer Mitgliedschaft noch Näheres wissen über den Eisenkonflikt von 1928, die erste große wirtschaftliche Revolte gegen den sozialen Staat?

Nur wer in der Geschichte denkt, trägt in sich ein Machtwollen; nur wer in der Geschichte denkt, weiß alle Möglichkeiten an ihrem Platz einzusehen. Warum ging denn der Befreiungskampf der Arbeiter nicht von den gedrücktesten, den Landarbeitern, sondern von den fortgeschrittenen Berufen, den Buchdruckern, Formern, Schlossern und Webern aus? Weil sie in sich das Schauen um die Geschichte, die Ehre und Größe ihrer Gruppe hatten.

Die Kräfte des Großbürgertums haben sich in Wirtschaft und Staat seit Anfang des 19. Jahrhunderts formiert: die Finanzaristokratie, der Großgrundbesitz, die industrielle Bourgeoisie, die Großpresse, der Film, die hohe Staatsbürokratie und — das Lumpenproletariat, die unerfessliche Maschine, welche zu allen Zeiten das Großbürgertum für seine dunklen Zwecke einzuspannen mußte.

Denn diese Schichten sehen alles ein, um die furchtbare Krise, in welche der übersteigerte Kapitalismus und liberale Weltanschauung die Welt gebracht haben, für sich zum Sieg zu wenden.

**Um neue Wirtschaftsformen.**

In einer solchen Zeit ist das Suchen nach neuen Wirtschaftsformen nur zu naheliegend. Man will die Vergesellschaftung auf der einen und „berufsständische Ordnung“ auf der anderen Seite

Das Drängen nach neuen Wirtschaftsformen kommt nicht von ungefähr. Möglich, daß die Zeit erfüllt ist. Möglich aber auch, und das scheint das wahrscheinlichere, daß den Menschen die Kraft zum eigenen Bezwingen der wirtschaftlichen Fehler ausgegangen ist. Sie suchen nach einem Stärkeren, der für sie ein besseres wirtschaftliches Los schaffen soll, und das ist der Staat.

Zunächst kann man in der „berufsständischen Ordnung“ bis jetzt nur organisatorische Einzelheiten, wie etwa Tarifgemeinschaft, aber keine Form einer neuen Wirtschaft erblicken. Gretchenfrage: Wie ist es mit der Rentabilität? Wie ist der Einfluß der Arbeiterschaft auf Kapitalleitung, auf Produktion, auf das Tempo des laufenden Bandes, auf die Börse? Sehr vieles liegt noch im Dämmerlicht, in dem ja alle Dinge sich einfacher ansehen. Leider trennen uns vom mittelalterlichen Denken ein paar Jahrhunderte.

Dennoch aber dürfen wir eins nicht vergessen. Diese Fragen werden nicht nur oben, sie werden unten stärkstens diskutiert. Wir werden an einer gewissen Stellungnahme nicht vorbeikommen. Unsere Stellungnahme darf nicht einfach negativ sein; sie muß zum mindesten abwartend, wenn nicht forschend sein. Wenn die sogenannte berufsständische Ordnung auch für Kohle, Eisen und Chemie noch in weitester Ferne liegt, in den handwerklichen Betrieben könnten wir eines Tages vor fertigen Tatsachen stehen.

Viele setzen heute einseitig ihre ganze Hoffnung auf den Stimmzettel und auf den Staat. Die Arbeiterschaft muß sich des Stimmzettels bedienen, die politische Partei ist heute ein wichtiger Faktor, aber man soll sich vor Ueberschätzung hüten. Wesentlich für die Arbeiterschaft ist die Selbsthilfe in der gewerkschaftlichen Organisation.

**Das Wollen der christlichen Gewerkschaften.**

Dem Durcheinander im geistigen Erdrutsch dieser Tage stellte der Referent die Aufgaben und das Wollen der christlichen Gewerkschaften gegenüber.

Die proletarische Vereinfachung, in die der Marxismus die Arbeiterschaft zu reißen drohte; die Lösung von den tausend inneren, nicht-gesehenen Atern der Verbundenheit mit dem Organismus des Volkes und seiner verschiedenen Schichten; die Stabilisierung des Klassenkampfgedankens als des „Rocher de bronze“ der sozialistischen Arbeiterbewegung machte die Gedanken der christlichen Gewerkschaften, daß eine Gewerkschaft ihre Zielsetzung weder in der Verabsolutierung ihrer Wünsche noch in der Abgeschlossenheit von Volk und Wirtschaft finden könne, sondern daß die Gewerkschaft wesentliche volkswirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen habe, ja geradezu als Organ der Volkswirtschaft betrachtet werden müsse, zu einer der bedeutendsten Prokla-



Theodor Mügge

Schluß.

Da rief der Truchseß voll Zorn: „Werst Feuer hinein!“ und die Geschühmeister schleuderten Pechkränze und Feuerkugeln; an zehn Stellen schlug die Lohe auf, und der frische Wind fachte die Flammen bald zu einer großen Glut an. Die Knechte standen mit Spießen und Rohren rund umher bereit, die Bauern, die nicht kommen wollten, zu empfangen, aber es kam keiner, auch kein Jammergeschrei, kein Ruf um Erbarmen ließ sich vernehmen. Aus dem Feuer krachte Schuß auf Schuß, und in den Flammen des Daches tanzte und jubelte das gespenstliche Weib, bis das Dach zusammenbrach. Da ward es still.

Von den zweihundert tapferen Männern lebte keiner mehr; sie hatten ihren Tod wohl vergolten. Die Fürsten sahen mit Schrecken, wie viele sie verloren hatten; Reißige wie Fußknechte waren voll Mut und Rachedurst, sie wollten keinen verschonen. Doch während die kleine Seldenschar sich geopfert hatte, gelang es ihren Brüdern einen neuen noch schrecklicheren Kampf zu bereiten. Vierhundert waren dem Herrn Florian gefolgt und zogen an ihm vorüber in den Schloßhof. Sein Schwert trug er bloß in der Hand, die Klinge war vom Blute naß. Auf seinen schwarzen Rodkragen fiel das lockige Haar, stark und schrecklich wie der

Kriegsgott blickte er daraus hervor. Doch neben ihm schaute ein mildes Gesicht so sanft und friedensvoll, als wollte es alles dies Entsetzen versöhnen.

Um das Schloß lief ein tiefer Sumpfsgraben, darüber führte eine alte Brücke, sie lag noch auf einem Balken. Florian stand auf dem Rande, hinter ihm sein Knecht Einold, der den schwarzen Renner hielt und seines Herrn mächtige Streitart.

Und als sie sämtlich in dem Burghof waren, sprach Florian mit lauter Stimme: „Niemand wird wieder über diese Brücke gehen, wir müssen alle sterben! Wer noch Lust zum Leben hat, wer Gnade suchen und erlangen mag, der trenne sich hier von uns, der Weg ist ihm offen.“ Es traten von den Vierhundert dreie hervor, warfen ihre Waffen fort und eilten an Florian vorüber.

Niemand sprach ihnen einen Schimpf nach; die finsternen, ingrimmigen Gesichter regten sich auch nicht, als die Trabanten des Kurfürsten, welche das Schloß umschwärmten, die Flüchtlinge erblickten und auf sie hinsagten. Die drei fielen auf ihre Knie und hoben stehend ihre Hände, doch im nächsten Augenblick lagen sie von den Lanzen durchstochen.

„Wir müssen alle sterben!“ sprach Florian noch einmal, und er wandte sich um und legte dem schwarzen Renner seine Hand auf den Kopf, drückte ihn an sich, wie zum Abschiede. „Du bist treu gewesen und sollst keines elenden Knechtes Beute werden“, sagte er, „lebe wohl.“

Sein Schwert durchstieß das Herz des Streitrosses; es schauderte und zuckte, hob noch einmal den Kopf zu seinem Herrn auf und sank stehend nieder.

„Schließt die Tore!“ rief Florian, und die Streitart fassend, stürzte er mit wenigen kräftigen Hieben die Brücke in den Graben. Seine Befehle flogen nach allen Seiten, und es war hohe Zeit; denn schon drangen die Haufen der Fußknechte heran, die Kugeln begannen zu pfeifen. Schnell jedoch war die Oeffnung verbaut, und hinter den hohen starken Mauern, welche der breite Graben umgab, ließ sich manchen Gefahren trotzen. Noch stand der feste Turm mit dem Burghaus, dessen Gemächer

mationen gegen den Marxismus. Man darf sagen, daß eine solche große und feierliche Form der Erklärung der Gebundenheit der Gewerkschaft an Volk und Wirtschaft einmalig in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung überhaupt dasteht.

Denn man erkannte es klar: Die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung mußte darin liegen, daß sie aus dem Kur-Konsumentenstandpunkte, den sie zwar weniger äußerlich, aber sehr oft innerlich vertreten hatte, daß sie aus der bloßen Lohninteressenpolitik heraussteigen müsse zum verantwortlichen Mitträger, der die Verbindung herstellen soll zwischen rationaler Arbeitswirtschaft und Menschentum in der Wirtschaft. Es mußte gelten, endlich allgemein den Sprung aus der Kur-Agitations-sphäre in die Betriebsdemokratie zu tun, bei der die Gewerkschaften anders zur Produktionspolitik zu stehen hatten, als es vielfach in der Vergangenheit der Fall war.

Das war nicht nur eine Absage an den Klassenkampf, wie sie in großartigerer Art nicht gegeben werden konnte. Das war von der bürgerlichen Wirtschaftsgesellschaft aus gesehen eine Reform des Weltes in größtem Ausmaße.

So deklarierten die christlichen Gewerkschaften einen Wesensunterschied zwischen Klassenkampf und Interessengegensätzen und legten die Sicht klar für die Wege von der Klasse zum Stand. Das Ringen der Interessen in Volk und Wirtschaftskontinenten ist älter als die geschriebene Geschichte. Ja, es ist sogar sinnvoll, wenn es ein Prozeß zur organischen Gesundung der Gesellschaft ist. Die Unvermeidbarkeit der Interessengegensätze sollte aber, nach dem Willen der christlichen Gewerkschaften, in dem großen Strom der Verbundenheit aller Schichten ihr Regulativ und ihre Norm finden. Weder Staat noch „Gemeinschaft“ können vom Boden des Klassenkampfes aus begriffen werden. Sie bleiben vom Klassenkampfstandpunkt aus betrachtet höchstens Produkte eines Gruppeninteresses, aber nicht auf das Große-Gesamte gerichtetes Wollen und sittliche Verpflichtung.

Eine sittliche Verpflichtung hieß die christlichen Gewerkschaften nicht eine Auseinandersetzung und einen Kampf schlechthin ablehnen — dann hätten sie ihrer Aufgabe selbst untreu werden müssen —, wohl aber den Haß, die Gewalt, die Feindschaft verwerfen. Die Austragung der Interessengegensätze soll — nach Ansicht und Wollen der christlichen Gewerkschaften — weder nach Fellehung noch nach Methode Haß und Feindschaft sein, sondern eine schöpferische Einigung, eine Synthese zugunsten eines höheren Dritten, einer sinnvoll geleiteten Wirtschaft und eines sinnvoll gestalteten Staatsganzen.

Solche Ideen konnten gar nicht ohne Auswirkung auf das Leben in Volk und Wirtschaft bleiben. Sie bannten aber auch die christlichen Gewerkschaften in einen außerordentlich starken und verantwortungsvollen Kreis hinein, dessen Wesen lange Zeit vom Großbürgertum und von den sozialistischen Gewerkschaften heftig bekämpft und auch heute noch nicht begriffen wird.

Sodann besprach der Redner die vom Christlichen Metallarbeiterverband geleistete Bildungsarbeit. Er forderte besonders von der Gewerkschaftsbewegung, größtmögliche Einflussnahme auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung. Besonderer Wert ist ferner zu legen auf die Branchenbewegung und die Kurzarbeit. Wesentlich ist, den Willen zur Bewegung zu wecken und Begeisterung und Aktivität für den Christlichen Metallarbeiterverband zu entfachen.

Die Darlegungen des Verbandsredakteurs fanden die lebhafteste Unterstützung der Delegierten, denen erneut Notwendigkeit und Wert der Bildungsarbeit als des ausschlaggebenden Faktors im sozialen Freiheitskampf der Arbeiterschaft vor Augen geführt wurde.

Damit war der erste Tag der Generalversammlung zum Abschluß gekommen. (Schluß folgt.) ...er.

## Nun aber verstärkte Gewerkschaftsarbeit!

**M** seit Jahren steht Deutschland im Zeichen parteipolitischer Wahlen. Weder das Volk noch die Wirtschaft kommen zur Ruhe. Dabei soll nicht untersucht werden, in welchem Ausmaße Teile des Unternehmerflügels in der Wirtschaft mit Schuld tragen an dieser ewigen Wählererei, dem Moloch, der neben der bitter notwendigen Einigkeit des deutschen Volkes die Wirtschaft selbst aufrisst.

Die deutsche Arbeiterschaft, mit die Hauptgrundsäule von Gesamtvolk und Staat, insbesondere aber der intelligente Teil derselben, die gewerkschaftlich Organisierten, werden rein zwangsläufig von dieser Wahltyrannie erfaßt. Steht doch politisch zuviel auf dem Spiele, als daß diese Arbeiterschaft dem Kampfe der Meinungen tatenlos zuschauen dürfte. Selbstverständlich ist die politische Pflicht des Arbeiters als Staatsbürger nicht mit der Abgabe des Stimmzettels erschöpft,

sondern eine weitere Pflicht ist es, innerhalb der Partei für die Gleichberechtigung des Arbeiters auf allen Gebieten und für offene und ehrliche Anerkennung der wirtschaftlichen Standesorganisationen, der Gewerkschaften, einzutreten.

Für jeden denkenden Arbeiter muß die Standesarbeit das Primäre darstellen, will er nicht die Hand dazu bieten, daß nach einer erzwungenen wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit seines Standes die politische „Deskriminalierung“ zwangsläufig folgt und durch politische Klassenparlamente der Arbeiterstand wieder als Parias gewertet und behandelt wird.

Ohne uns als Arbeiter parteipolitische Abstinenz zu predigen — nichts wäre zur Zeit verfehlter —, müssen wir uns aber auch freihalten von einem naiven Wunderglauben an die Zauberkräfte des Stimmzettels. Es stände wahrlich besser um den deutschen Arbeiterstand, ja das ganze Volk (wenn auch nicht um gewisse politische Parteien), wenn die Millionen



Schutz gewährten, und unter ihnen lagen tiefe Keller, in welche keine Kugel dringen konnte. Hierher führte Florian Christinen und suchte für ihre Sicherheit, wie er es vermochte, zu sorgen; sie aber sprach mit freudigem Mute:

„Nein, mein Herr und Feld, ich bin auch ein Streiter des Evangeliums und will mich nicht verbergen. An deiner Seite ist mein Platz, davon will ich nicht weichen.“

„Noch lebe ich“, sprach Florian, seinen nervigen Arm schüttelnd, „und will nicht verzagen. Du sollst nicht sterben, Christine, vor aller ihrer Wut will ich dich retten.“

Doch schon donnerten die Kanonen des Truchses gegen die Mauern. Der Feldherr hatte das gesamte Geschütz herbeischaffen lassen, denn ohne eine

Breche war den Bauern nicht beizukommen. Florian aber rief die Hauptleute zusammen und ermahnte sie zur äußersten Tapferkeit.

„Gelingt es uns, sie festzuhalten, bis die Nacht kommt“, sagt er, „so können wir hinausbrechen und uns durchschlagen, dafür laßt uns kämpfen. Schießt nicht mehr, sondern wartet, bis sie an euch sind. Sichert euch vor den Kugeln und springenden Steinen; seht gilt es, Mann zu Mann zu stehen.“

Die Kanonen schmetterten Schlag auf Schlag, bis die Mauer stürzte und ein weites Sturmloch offen lag. Da liefen die Fahnen der Fußknechte beutegierig und mordgierig heran; es war ihnen ein großer Lohn versprochen. Mit wildem Geschrei sprangen sie in den Graben und schlangen sich an ihren Speichen hinauf; ein Jauchzen entstand, als sie auf der Breche standen. Plötzlich aber schien es, als ob die Feinde aus dem Boden wuchsen. Unter den Trümmern hervor, aus allen Winkeln der Gewölbe kamen sie; die Büchsen krachten, mächtige Steine flogen auf die Stürmenden, und hinter der zerstörten Mauer und dem inneren Hof sahen die Knechte eine zweite Mauer, welche ganz mit schwarzen Schützen besetzt war.

Aller Grimm und alle Tapferkeit halfen ihnen nichts, es half auch nicht ihre große Uebersahl, denn der Raum war eng. Mit langen Lanzen wurden sie erstochen, von den Steinen zerschmettert, von den Schüssen durchbohrt, ohne vorwärts zu können. Und seht liefen die Bauern in dichten Haufen gegen sie an; da war kein Widerstand mehr. Ueber die blutbedeckte Breche wurden sie in den Graben gestürzt, Leichen ließen sie zurück. Siegesjubel schallte ihnen nach. Die tapfersten und besten Fahnen des Bruderheeres hatten diese Schmach erlitten. Vor einem elenden Steinhäufen von einer handvoll abgematteter Kämpfer, die so sehr verachtet wurden. Alle Grafen und Ritter und Reissige sprangen von ihren Pferden; es entstand ein heftiger Zorn; nach Rache riefen Herren und Knechte. Die Fahnen von Augsburg, Ulm und Nürnberg schrien, daß man sie voran lasse, aber der Truchses befahl den Geschützmeistern, die Stücke spielen zu lassen, und wiederum rissen die Kugeln die Mauer

unorganisierter Arbeiter schon vor Jahren einen gewerkschaftlichen Ausnahmestempel ausgefüllt und tatkräftig in der Organisation mitgearbeitet hätten, als daß sie durch Nachlaufen hinter parteipolitischen Rattenfängern an ein besseres Ziel zu gelangen glaubten.

Eigenartig ist aber, daß gerade die am wenigsten an die Zukunft der Arbeiterschaft und die nützliche Tätigkeit der Gewerkschaften auf allen Gebieten glauben, die entweder noch nie organisiert waren oder nur ein paar Monate oder Jahre an der gewerkschaftlichen Standesarbeit vorbeigelaufen sind. Materielle Gründe, gelegen in den Verhältnissen dieser einsichtslosen Arbeiter, sind es nicht, denn Millionen langjähriger Verbandsmitglieder halten der Organisation die Treue, obwohl auch ihnen Zahlung des Gewerkschaftsbeitrages ein finanzielles Opfer bedeutet, nur vielleicht mit dem Unterschied, daß der Unorganisierte für andere überflüssige Dinge das Geld ausgibt, das der organisierte Arbeiter für seinen Stand aufwendet.

Auch die Notwendigkeit einer starken Gewerkschaftsbewegung wird selten von Unorganisierten verneint. Wie stark man sogar auf dieser Seite die Macht der Gewerkschaften einschätzt, geht am besten daraus hervor, daß die Unorganisierten am liebsten von einem „Versagen“ der Gewerkschaften reden, wenn diese materiell nicht das bieten und bringen,

was der egoistisch eingestellte Unorganisierte sich wünscht. Dies hindert natürlich den Unorganisierten meist nicht, mit einzustimmen in die Verleumdungen, wie diese fast nur von Nichtarbeitern und Feinden des Arbeiterstandes überhaupt gegen die Arbeitergewerkschaften und ihre Führer geschleudert werden.

Gegen diese Einstellung muß die organisierte Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit ankämpfen. Der Kampf mit dem Stimmzettel ist hoffentlich endlich einmal für absehbare Zeit ausgekämpft und ein Regieren auf dem Boden der Reichsverfassung möglich. Dafür aber muß um so schärfer entbrennen der Kampf mit dem Ausnahmestempel für die Organisationen der christlich-nationalen Gewerkschaften.

Die praktische gewerkschaftliche Standesarbeit, die Gewinnung neuer Mitglieder muß jetzt für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter das Gebot der Stunde sein. Trotz aller Schwierigkeiten, die — sagen wir es offen — manchmal mehr eingebildet als tatsächlich vorhanden sind. Dies wird bestätigt durch die Tatsache, daß es immer noch eine erhebliche Anzahl Vertrauensmänner gibt, welche trotz aller Not ihrem Verbands neue Mitglieder zuführen. Ganz gleich, wie sich die Dinge auch politisch entwickeln: die deutsche Arbeiterschaft braucht in der Zukunft vielleicht noch mehr als in der Vergangenheit starke christlich-nationale Gewerkschaften.

Otto Pick.

## Das also bleibt dem Arbeiter noch übrig!



Die letzte Notverordnung ist das „sozialste Werk“, das je eine Regierung verordnet hat. So hört man es wenigstens aus dem Munde der heutigen Regierungsmänner. Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk schloß seine Rundfunkrede mit den Worten:

„Wir haben in der heutigen Verordnung des Reichspräsidenten ein Wirtschaftsprogramm vor uns, das zum ersten Male im Gegensatz zu den bisherigen Notverordnungen keine neuen Belastungen, sondern im Gegenteil eine durchgreifende Entlastung bringt. Das große, hiermit verfolgte Ziel, die entsetzliche Zahl der sechs Millionen Arbeitslosen und die furchtbare materielle und seelische Not, die sich in dieser Zahl ausdrückt, entscheidend zu vermindern, kann nur erreicht werden, wenn das ganze Volk bereit ist, mitzuarbeiten. Vor dem großen Ziel sollten Parteigegeßnisse verstummen“ usw.

Entscheidend in diesen Ausführungen sind die Worte „Belastungen“, „Entlastungen“ und „wenn das ganze Volk bereit ist, mitzuhelfen“. Zuerst zu den „Belastungen und Ent-

lastungen“: Herr Finanzminister, beides läßt sich nicht auf einen Kener bringen! Wenn ich einem Volke Entlastung geben will, ohne zu belasten, muß ich aus der Reserve schöpfen oder ein Außenstehender muß die Entlastungen tragen. Da beides aber nicht gegeben ist, bleibt nur eines übrig: Die durchgreifende Entlastung des einen wird zu einer durchgreifenden Belastung des andern. Da die andern nun nicht Reserven sind oder Außenstehende, müssen es schon Volksgenossen sein, die mit der Tragödie von Belastung und Entlastung beglückt werden. Man muß der Regierung schon das Zeugnis ausstellen, daß ihr zunächst wenigstens die durchgreifende Belastung glänzend gelungen ist, wofür ihr der Teil des ganzen Volkes, das bekanntlich freudig mitarbeiten soll, der die Segnungen dieser Belastung zu tragen hat, wenig Dank bezeugen wird.

Erbittert muß das arbeitende Volk feststellen, daß die Belastungen ihm vorbehalten bleiben, die Entlastungen dagegen



breiter und tiefer nieder; der Sumpfsgraben ward mit ihren Trümmern fast ausgefüllt. Von innen aber bauten die Schwarzen inzwischen neue Schußwehren, und Florian ging durch die Reihen, ordnete und mahnte. Der riesige Lienhard sammelte Kugeln und Pulver, aber es war wenig noch davon vorhanden. Vielche, blutige Männer lagen in dem inneren Hof mit ihren Todeswunden; Rudolf und Christine suchten ihnen beizustehen mit Gebet und Labung; kein Schmerzenslaut kam über die vertrockneten Lippen dieser Leidenden, die auch im Grauen des letzten Kampfes ihren Seldemut bewahrten,

keiner hofft, keiner fürchtet mehr. Und jetzt schweigt der Donner des Geschüßes, und statt seiner durchdringt ein wütendes Geschrei die Luft. Die Sonne ist hinter den Rand der Berge und Wälder gesunken, aber im Dämmerlicht des Abends erblickt die trotzig verteidigte der Veste die ganze Ritterschaft hinter den Fahnen der Knechte. Mit geknickten Lanzen und gezückten Schwertern, ihre Banner voran, in Eisen gehüllt und die scharfen Eisen schwingend,

drängt sich ihr Schlachtkeil in das Sturmloch. Und schon sind die Kühnsten auf dem Schuttberg, schon flößt ein Fähnlein seine Fahne dort ein, schon wehen deren drei an verschiedenen Stellen. Hinunter springen Ritter und Knechte im mordgierigen Rasen auf die zweite Mauer los, an deren schmalen Eingängen und Fensteröffnungen sich die dunklen, grimmigen Gesichter der Bauern zeigen.

Vom Turm und von den Seitenmauern fielen wohlgezielte Schüsse, aber sie waren spärlich, die letzten Kugeln der tapferen Männer. Ein Siegesgeschrei entstand bei den Stürmenden:

„Ihr Pulver ist hin, wir haben nichts mehr von den Schützen zu sorgen!“ schrie eine Stimme, die den Lärm übertönte.

Allen anderen vor lief ein mächtiger ritterlicher Herr gegen die Schußwehren, hinter denen die Schwarzen sich bargen und mit ihren Lanzen und Hellebarden mit Stechen, Schlagen und Werfen sich hartnäckig verteidigten. An der Mauer in die Höhe kletterten die bis zur Wut erhitzten Knechte von Ulm und Augsburg; sie wollten jetzt ihren Schimpf rächen oder ihr Leben lassen. Da fiel mancher noch jung an Jahren, dem der Tod ferne schien. Der mächtige Richter aber sprang auf die Brustwehr, und alles wich vor ihm. In seinem undurchdringlichen Panzer sprang er in den Hof hinein, sein furchtbar Schwert schlug nieder, wer ihm entgegenstand. Ein Knabe stand ihm entgegen, der wollte nicht weichen; schnell sank er hin, und über ihn stürzten andere, die ihre Sturmhelme nicht besser beschirmen konnten.

Der Eingang in den letzten Zufluchtsort war gewonnen, doch noch lebte Florian, und als ihn der grimmige Ritter erblickte, rief er ihm entgegen:

„Dich habe ich gesucht, du Verräter an Ehre und Ritterschaft. Wahre dich, du mußt sterben!“

„Allen, die den Menschennamen zum Abscheu machen, sollst du ein Beispiel werden!“ antwortete Florian und drang auf ihn ein.

„Hier Satten! hier Ehre!“ schrie der wilde Ritter von Sodenberg und führte einen schmetternden Schlag auf ihn.

**Achtung!**

**Die Entscheidungen der 13. Generalversammlung bezüglich Beitrags- und Unterstützungswesen finden unsere Kollegen unter der Rubrik „Bekanntmachung des Vorstandes“.**

**Achtung!**

Bestreitung des Haushalts wöchentlich 17,60 RM, je Tag 2,51 RM oder je Person und Tag 63 Pf. Noch katastrophaler sieht es aus, wenn wir die Beispiele auf die sogenannten „gefährdeten Betriebe“ beziehen. Bleiben wir bei den oben angeführten Beispielen und gleichen Voraussetzungen, dann würde der Hilfsarbeiter einen Wochenverdienst von 17,60 RM erreichen. Nach Abzug der Sozialbeiträge und Miete verbliebe dann noch ein Betrag von 10 RM je Woche oder 1,43 RM je Tag bzw. je Person und Tag 35 Pf. Für den Handwerker lägen die Verhältnisse so, daß der Wochenverdienst 23,60 RM betragen würde und nach Abzug von Sozialbeiträgen und Miete 15,25 RM je Woche oder 2,18 RM je Tag bzw. je Person und Tag 55 Pf. verblieben.

den andern Kreisen. Wohl kaum seit den Krisenjahren 1875 und folgende ist in Deutschland und auch in der Welt ein solcher Gewaltangriff in die Lohn- und damit Lebenslage der Arbeitnehmerschaft erlebt worden. Es hat sich wahrlich gelohnt, daß an der Wiege dieser Notverordnung keine Parteien, wohl aber Großkapital, Börse, Großindustrie, Großagrarier und Großbürgertum Parte gestanden haben.

Es wird nun zweckmäßig sein, die Behebung der furchtbaren materiellen und seelischen Not an Hand einiger praktischer Beispiele aus der Metallindustrie, Gruppe Nordwest, darzulegen. Nachdem die Notverordnung den Rahmen dazu geschaffen hat, kann nunmehr der Hilfsarbeiter bei 40stündiger Arbeitszeit und einem Familienstand von 4 Personen pro Woche 20,85 RM verdienen. Hiervon gehen ab ohne Steuern: an Sozialbeiträgen 2 RM, an Miete 6 RM, so daß zur Bestreitung des Lebensunterhalts 12,85 RM verbleiben oder pro Tag 1,84 RM und somit pro Person und Tag 46 Pf zur Verfügung stehen. Für den Handwerker kommen bei gleicher Arbeitszeit und gleichem Familienstand pro Woche 26,10 RM in Frage. Nach Abzug von 8,50 RM wöchentlich an Sozialbeiträgen und Miete verbleiben zur

Da wir nun in Deutschland in nächster Zeit sicher sehr viele „gefährdete Betriebe“ haben werden, wird dieser Teil der Entlastungsmöglichkeiten nicht selten in Anspruch genommen werden, zumal man es geschickt verstanden hat, den Boden gut vorzubereiten. Die Gewerkschaften als Vertreter des werktätigen Volkes hat man bei der Beratung dieser Notverordnung ausgeschaltet und es vorgezogen, als „Volk der Mitarbeitenden“ ganz unter sich zu bleiben.

Der Erfolg dieser Arbeit und die Auswirkung des „sozialsten“ Werkes der Nachkriegszeit wird sich zeigen in einer noch furchtbarerem seelischen und materiellen Not des arbeitenden Volkes, als sie jetzt schon vorhanden ist. Stärker als je wird aber auch die Arbeitnehmerschaft zu der Erkenntnis kommen, daß nur über den Weg des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses eine Aenderung der Notlage gebracht und durch einen starken Zusammenschluß eine gerechte Lastenverteilung erreicht werden kann. Schotten, Mülheim.

## Die „vorsorgliche Tarifpolitik“ des Herrn von Papen

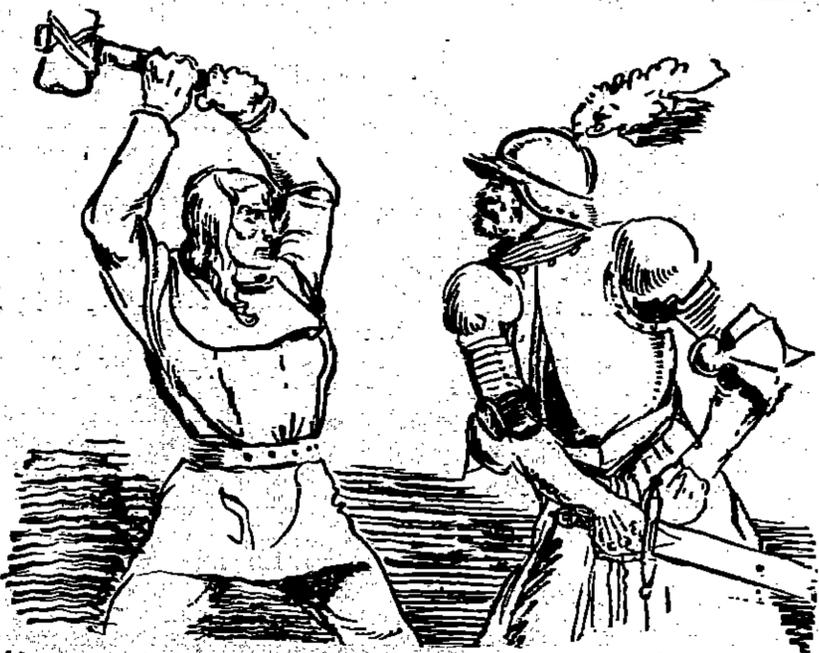


Die Rede des Herrn Reichskanzlers von Papen, gehalten am 28. August d. J. vor den westfälischen Bauern in Münster, kam den Mitgliedern des Verbandes der Fabrikantenvereine für den Regierungsbezirk Arnsberg und benachbarte Gebiete gerade noch früh genug. Unter dem Beifall der westfälischen Bauern hatte doch der Reichskanzler dem „starrten“ Tariffsystem Kampf angejagt und Lockerungen versprochen.

Zwar sind die Löhne in der Metallindustrie des märkischen Sauerlandes ohnehin gering. Aber was verschlägt es? Je

tiefer die Löhne, um so eher setzt nach der Auffassung jener Kreise die „Belebung“ der Wirtschaft ein. Zwar gibt es nicht nur Arbeiter, die eine derartige Ansicht für unsinnig und verkehrt halten. Auch auf der Seite der Unternehmer finden sich Stimmen, die es hinter verschlossenen Türen offen aussprechen, daß es falsch, völlig falsch sei, von anhaltenden Lohnsenkungen das Heil zu erwarten. Aber die „leitenden Wirtschaftsführer“ sind anderer Meinung. Ihnen sprach Herr von Papen so ganz aus dem Herzen.

Zwar hatte der Kanzler am 28. August noch nicht so ganz klar zum Ausdruck gebracht, was seine nächste Notverordnung



„Hier Gottes Gericht und Wort!“ erschallte Florians Ruf, und er fing den Sieb auf und erwiderte ihn mit fürchterlicher Gewalt.

Auf einige Augenblicke blieben die beiden Kämpfer allein, noch ehe andere ihnen helfen konnten, war ihr Streit entschieden. Die Streitart, welche Hans Suttin einst schon bedroht hatte, fuhr ihm in Helm und Haupt; er stürzte wie vom Blitz getroffen in sein Blut, und über ihn fort drang Florian in den dichten Haufen. Wie seine Kraft sich zu verzehnjachen schien, sein unbezwinglicher Mut Grauen verbreitete, so belebte er die, welche ihm folgten. In einem wütenden Anlauf trieben sie Ritter und Knechte vor sich her; es wollte mancher die Stelle nicht lassen,

wo er stand; wie Kagen hingen viele an den Steinen und klebten an der Mauer, bis sie durchbohrt hinunterstürzten. Zum zweiten Male über den Graben fort bis ins Feld hinaus wurden sie getrieben.

Und tiefer sank die Nacht und verhüllte die blutigen Schreden. Ein mattes Leuchten zuckte über den Hof und irrte am Boden hin über furchtbare starre Gesichter. Es kniete einer dort, der hielt das bleiche blutige Haupt des gefallenen Jünglings in seinem Arm, und an der anderen Seite kniete Christine.

„Läß es nicht zu, Rudolf“, sagt der Mann, „laß mich nicht der letzte aller Schatten sein. Alle meine tapferen Freunde sind hin; vom lustigen Söhnlein von Würzburg ist keiner mehr da als Hans Bermeter.“

Hans Bermeters Stimme erlosch, heller flimmerte der Lichtschein, heiße Tränen fielen auf den armen Knaben. Da öffnet er seine Augen, und sie strahlten wie von neuem Leben.

„Treu, Christine, treu!“ flüsterte er — und sank in ihren Arm.

Christine beugte sich vor und schloß die Augen. Still war es umher. Auf einmal schrie sie laut auf: „Sie sterben alle — ich sah es — ich sah es — mein Vater stirbt der Mönch stirbt — Blut überall — alles ist rot von Blut.“ Sie schluchzte laut auf.

Herr Florian atmete tief und dachte mehr als er es aussprach: „Das ist unser aller Schicksal — für die Freiheit zu sterben!“

„Sie kommen“, rief Lienhard von Schwarzenbronn in diesen Jammer. „Das Geschick haben sie bis an den Graben gebracht, unsere letzte Schutzwehr wird fallen.“

„So rüstet euch, meine Brüder!“ sprach Florian. „Gnade ist bei Gott allein, er wird uns wohl empfangen.“

Und der Donner brüllte, das rote Feuer zuckte durch die Nacht, die Mauern stürzten zusammen.

„Hilf Gott zur Seligkeit!“ schrie der riesenstarke Bauernhauptmann, da aus dem Pulverdampf vor ihm die Helme bligten. „Zur Seligkeit!“ rüßte es zu ihm zurück, und ein grausam Ringen und Schlagen schallte

bringen werden. Doch es genügte zur Herausgabe der Parole: „Alle Lohntarife im Verbands der Fabrikantenvereine für den Regierungsbezirk Arnsberg sind aufzukündigen.“

Die Arbeitgeberverbände von Schwerte, Unna, Plettenberg sowie der des Dolmetals fürchteten schon, den Anschluß zu verpassen. Schnell übermittelten sie noch am 31. August die telegraphische Kündigung und betonten am nächsten Morgen noch schriftlich: „Wir bestätigen hiermit, Ihnen heute telegraphiert zu haben: Wir kündigen hiermit vorsorglich den bestehenden Lohntarif zum 30. September 1932.“

Kein einziger Unternehmerverband mochte im Reigen fehlen. Es kündigte der Verband für das untere Lennetal die Tarife in Altena, Söhlemburg und Letmathe. Die Arbeitgebervereine für Lüdenscheid, für das Dolmetal, Schwerte, Unna, Olpe, Menden, Iserlohn, Werdohl und Plettenberg schlossen sich an. Rund 60 000 Arbeiter warten in Spannung, was nun demnächst aus ihren Lohntarifen wird.

Wie stehen nun die Löhne? Der 24jährige Handwerker, nicht der Facharbeiter, erhält im Tarifgebiet Olpe 58 Pf., im Tarifgebiet Iserlohn 63 Pf., in Lüdenscheid 62 Pf., im unteren Lennetal 64 Pf. Der Lohn des Facharbeiters liegt durchweg noch 2 bis 3 Pf. tiefer. Der Hilfsarbeiter hat einen Stundenlohn von 49 bis 55 Pf. Kann man solche Löhne denn wirklich noch abbauen? Nein! Wer schon einmal selbst versucht hat, mit derartigen Löhnen eine Familie zu unterhalten, muß zugeben: es ist unmöglich. Selbst die Kunst der sparsamsten und tüchtigsten Hausfrau muß da Bankrott machen. Und trotzdem werden wir in den Verhandlungen hören, daß es mal nicht anders geht. Zuerst kommt eben die Wirtschaft und dann der Arbeiter. Daher vorsorgliche Kündigung der Lohntarife.

Und wie starr sind erst die Lohntarife im Arnsberger Verbandsbezirk! Greifen wir nur den Lohntarif der Metallindustrie Werdohl heraus. Dieser zählt sechs Berufsgruppen: Handwerker, gelernte Facharbeiter, angelernte Facharbeiter, schwere Hilfsarbeiter, leichte Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

## Die Beherrscher von Wallstreet

Unser neuer Roman heißt „Wallstreet“



J. P. Morgan



Der alte Rockefeller

Für jede Berufsgruppe kommt ein anderer Tariflohn in Frage. Sieht das etwa nach Starrheit des Tarifwesens aus? Gewiß nicht.

Aber nicht genug mit der Staffelung nach Berufsgruppen! Auch die Einteilung der Altersklassen trägt den weitgehendsten Wünschen der Tarifgegner Rechnung. Es werden besondere Löhne für Lehrlinge im 1., 2. und 3. Lehrjahr, für den jugendlichen Arbeiter, ferner für den Arbeiter im 21.—22., 23. und 24. Lebensjahre gezahlt.

Es wirkt tatsächlich wie blutiger Lohn, angejochis derartig weitgehender Staffellungen noch von einer Starrheit der Tarife zu reden, noch mehr Beweglichkeit, Elastizität zu fordern.

Vergessen sei dabei nicht, daß 70 bis 80% der Metallarbeiter im Akkord beschäftigt werden, und wer weiß, wie man heute bestrebt ist, die Akkorde „wissenschaftlich“ bis auf das Äußerste abzustoppen, wird sich hüten müssen, von irgendeiner Starrheit der Löhne zu phantasieren.

durch den Hof. Jetzt stürzt auch das Tor, und von drei Seiten dringt das Bundesheer herein. Immer tiefer in das letzte Gemäuer wurden die schwarzen Helden gedrückt. Im grauenvoll schrecklichen Getümmel hebt sich Arm gegen Arm. Und wo die Lanzen brechen, wo die Schwerter zerpringen, kämpfen sie mit Messern, Fäusten, Steinen und Zähnen. Erschöpft, ermattet, sterbend zerfleischen und töten sie noch, während sie zerfleischt und getötet werden. Kein Ruf um Gnade ward gehört, niemand will solche, niemand gibt sie; kein menschlich mitleidvolles Herz ist hier, das diese Greuel mildern und enden möchte. Die Rachegeister suchen überall ihre Opfer, mit der Wut hungriger Tiger ist ihre Blutgier unersättlich, in die tiefen Keller hinab, in die Gewölbe des Turmes brüllen sie nach dem letzten Leben.

Und dennoch können sie es nicht auslösen. Florian hatte eine kleine Zahl der Tapfersten um sich vereinigt. Mit ihnen stürzt er sich in das dichteste Gewühl, mitten in die Lanzen und Schwerter, die sein starker Arm zertrümmert. Vor ihm sinkt alles, was ihn hindern will, eine göttliche Macht scheint ihn zu beschützen. Dicht an sich geschmiegt schützt er Christine, und jetzt ist er an der Mauer, jetzt trägt er sie durch den Graben, und die Streitart fällt den Trabanten vom Ross, der ihn aufhalten will. Er ist frei. Er hebt die ohnmächtig Sinkende in seinen Arm auf, die schwarzen Tore der Nacht schlagen hinter ihm zusammen.

Florian hatte eine Berghöhe erreicht, rings umher der schweigende Wald, über ihm der sternfunkelnde Himmel. Ein einsamer Baum breitet sein mächtiges Gezweig aus, unter ihm auf der Moosdecke ruht Christine. Florian legte seine Hand auf ihr Herz, horchend auf den stockenden leisen Schlag, nach ihren Augen suchend und dann mit seinen brennenden Blicken zu dem hellen Sterne aufschauend, der mit seinem weißen glänzenden Lichte ihm Antwort zu geben schien. Dann und wann ging ein fernes dumpfes Getöse durch den Wald, und in den Zweigen der Eiche rauschte und murmelte es wie von Geisterstimmen. Florian hörte es nicht, er fühlte nur, wie das Herz unter seiner Hand leiser und leiser zuckte, und sah nur, wie der weiße Stern lichter und glänzender wurde.

„Wo bin ich?“ fragte Christine leise.



„Bei mir“, antwortete Florian.

„Und ich höre den Wald rauschen, ich sehe die Gottessterne! Erlöst von allem Greuel, geliebter Florian, und im Frieden bei dir!“

Die Metallarbeiter im Arnberger Verbandsbezirk dürften durch die Kündigung ihrer Lohntarife erkannt haben, was die Stunde fordert. Die Gewerkschaftsleiter von rechts sowohl als auch von links können stolz sein. Ihrer Hege, ihren Verdächtigungen hat die Arbeiterschaft es zu danken, daß die Reaktion frecher wurde und mehr und mehr die Daseinsbedingungen der Arbeiter bedroht und gefährdet.

Aber trotzdem wird die organisierte Arbeiterschaft nicht mutlos werden und kampflös ihre Rechte preisgeben. Lauter als je zuvor ruft sie zu Einigkeit und Geschlossenheit. Furchtlos wie bisher wird sie jenen Kreisen entgegentreten, die zur Freude der Unternehmer die gewerkschaftliche Kraft schwächen und die Rechte der Arbeiter zerschlagen helfen möchten.

Wilhelm Alef.

## Bekanntmachung

Sonntag, den 9. Oktober 1932, ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

### Beschlüsse der Generalversammlung

1. Die Wochenbeiträge bleiben vorläufig entsprechend dem Vorstandsbefehl vom 10. Juni bestehen. Ebenso der Beschluß, wonach die Erwerbslosenunterstützung vorläufig außer Kraft bleibt.

2. Die Generalversammlung ermächtigt und beauftragt den Verbandsvorstand und Ausschuß, alle etwa bis zur nächsten Verbands-Generalversammlung notwendig werdenden Änderungen im Beitrags- und Unterstützungsweisen des Verbandes zu beschließen.

3. Das Eintrittsgeld beträgt in der 1. und 2. Beitragsklasse 50 Pf., in der 3. und 4. Beitragsklasse 30 Pf., in der 5. Beitragsklasse und für Arbeitslose 10 Pf.

4. Von den Beiträgen der 1. und 2. Beitragsklasse sind je 30 Pf. an den Fonds für die Alters-Invalidenunterstützung abzuführen.

5. Die geleisteten Beiträge in der 4. und 5. Beitragsklasse werden beim Übergang in Vollklassen ihrem Geldwert entsprechend in Vollbeiträge umgerechnet.

6. Mitglieder, welche invalide werden und sich Anspruch auf das Sterbegeld (§ 15) und Rechtsschutz (§ 18) sichern wollen, zahlen einen Invalidenbeitrag von 20 Pf. pro Monat. Andere Unterstützungen stehen diesen Mitgliedern nicht zu.

7. Arbeitslose Mitglieder zahlen bis zur Wiederaufnahme der Arbeit einen Arbeitslosenbeitrag von 10 Pf. pro Woche. In Unterstützungs-fällen können diese Arbeitslosenbeiträge nach 52 geleisteten Vollbeitragsmarken in Vollbeiträge umgerechnet und auf die Mitgliedschaftsdauer

angerechnet werden. Die Anrechnung dieser Beitragsmarken hat keine Geltung für die Unterstützung nach § 16 der Verbandsfassung.

8. Der Verband gewährt den arbeitslosen Mitgliedern:

a) Beratung, Schutz und Hilfe in allen Angelegenheiten betr. Arbeitslosenversicherung und Fürsorge, betr. der Sozialversicherung und der Arbeitsbeschaffung;

b) unentgeltliche Zustellung der Verbandszeitung.

9. Arbeitslose Mitglieder sind berechtigt, 2. und 3. Marken im Werte von 40 Pf. in der 1. Beitragsklasse oder 30 Pf. in der 2. Beitragsklasse zu entrichten. Diesen Mitgliedern stehen die Vergünstigungen des Abs. 8 zu; außerdem werden diese Beitragsmarken auf die Anwartschaft für den Bezug von Alters-Invalidenunterstützung (§ 16 der Satzungen) in Vollbeiträge umgerechnet und auf die Mitgliedschaftsdauer angerechnet.

10. Mitglieder, welche invalide werden und sich Anspruch auf Alters-Invalidenunterstützung sichern wollen, zahlen nach 416 anrechnungsfähigen Vollbeiträgen der 1. und 2. Klasse pro Woche einen Alters-Invalidenbeitrag von 40 Pf. in der 1. Beitragsklasse, von 30 Pf. in der 2. Beitragsklasse. Diesen Mitgliedern kann die Hälfte der in § 16, Abs. 2, vorgesehenen Unterstützungen gewährt werden. Andere Unterstützungen, außer Sterbegeld und Rechtsschutz, stehen diesen Mitgliedern nicht zu.

11. Jedes Mitglied ist für die pünktliche Beitragszahlung und Abstempelung der Marken selbst verantwortlich. Mindestens einmal im Jahre hat eine Vorlage des Mitgliedbuches auf der Geschäftsstelle zwecks Nachkontrolle zu erfolgen. Einreden und Berufungen auf mangelhafte Bedienung und richtiges Markenkleben seitens des Vertrauensmannes oder Einlasserers bleiben bei Unterstützungsfällen unberücksichtigt.

12. Geht ein Mitgliedsbuch bzw. eine Mitgliedskarte verloren, so hat das betreffende Mitglied für ein auszustellendes Ersatzbuch 50 Pf. für eine Ersatzkarte 30 Pf. zu bezahlen. Diesen Betrag erhält die Hauptklasse.

## Inhaltsverzeichnis

### Der Deutsche Metallarbeiter:

#### Hauptteil:

Unsere 13. Generalversammlung in Königswinter (G. W.), S. 554. Unsere Generalversammlung als Auftakt zur Werbearbeit (Wt.), S. 555. Der Verlauf unserer Generalversammlung (...er.), S. 556. Nun aber vorwärts Gewerkschaftsarbeit! (Otto Pisk), S. 564. Das also bleibt dem Arbeiter noch übrig! (Schotten, Mülheim), S. 565. Die „vorsorgliche Tarifpolitik“ des Herrn von Papen (Wilhelm Alef), S. 566.

#### Unterhaltung:

Florian Geyer (Theodor Mügge), S. 563.

#### Bekanntmachung:

Seite 568.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapel-tor 17. — Druck: Echo-Verlag und Druckerei, s. G. m. b. H., Duisburg.

„O, des Friedens!“ rief Florian in seinem großen Schmerze, „wohin zu ihm!“

„Wir müssen alle sterben“, sprach sie, und es klang süß wie Gesang. Und er küßte ihre blaffen Lippen, küßte sie wieder und wieder, und der Stern strahlte mit wunderbarem Schein, heller Glanz erfüllte ihr friedensvolles Gesicht.

Da flammte in den Gebüsch am Fuße des Hügels eine Fackel, andere flackerten zur Seite, Waffen rasselten, Stimmen wurden laut, das grimmige Gebell eines Spürhundes scholl heraus. Florian blieb unbeweglich. Und um die Höhe schloß sich ein Kreis bewaffneter Männer, mit Speeren und Büchsen riefen sie heraus. In der Eiche wimmerte es bange. Florian bewegte sich nicht.

Und jetzt fiel der helle Fackelschein unter das Gezweig, auf den Stamm, auf das Weib, auf den Mann, der mit festen, stolzen Blicken seine Feinde betrachtete.

„Kennst du mich?“ rief ihm einer zu, der hervortrat und sein scharfes Schwert in der Sand hielt.

Florian erkannte ihn. Es war sein Schwager, Wilhelm von Grumbach. Er wußte, daß dieser bei den Fürsten war.

„Was willst du?“ fragte er und stand auf.

„Dich will ich. Ergib dich!“

Seine Waffe in der Sand, sprach Florian:

„Als freier Mann habe ich gelebt, als freier Mann will ich sterben.“

„So stirb!“ rief der Ritter, und wie er sein Schwert auf ihn zückte, sank Florian von drei Lanzen durchbohrt an Christinens Seite nieder. Ein paar Speere töteten Christine. Ihr brechendes Auge suchte Florian Geyer.

Die Fackeln leuchteten auf beide. Grumbach beugte sich zu ihnen, er nahm des Sterbenden Hand.

„Von Kerker und Henker habe ich dir geholfen“, sagte er. „Mag Gott dir und mir gnädig sein.“

„Habe Dank!“ antwortete Florian, und sich aufrichtend legte er seinen Arm um Christine, ihren Kopf an seine Brust. Er versuchte sich aufzureden, seine Hand zu erheben — aber er hauchte nur noch:

„Freiheit! Zu dir!“

